

Saale-Zeitung.

Zweicundlersigster Jahrgang.

Anzeigen

wenn die Galtenszeit ober dem Raum mit 30 Pf., solche aus Halle mit 20 Pf. berechnet und in der Gedächtnis-Heile, Gr. Ulrichstraße 63, I sowie von untern Kammerstellen aus allen Anzeigen-Erscheinungen angenommen. Bekleben die Zeile 75 Pf. Erachtet nichtigstmal; Sonntags und Montags einmal, sonst pünktlich täglich. Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Bauhausstraße 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24. Anzeigen-Geschäftsstelle: Gr. Ulrichstraße 63, I; Telefon Nr. 590 u. 591.

Bezugspreis

für Halle vierteljährlich bei postmaltiger Aufstellung 2,50 M., durch die Post 3,25 M., ausd. Aufstellungsgeld. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung“ eingetragen. Für unvollständig eingehende Nummern wird keine Gewähr übernommen. Rücksende nur mit Quittungsbekund; „Saale-Blg.“ gefaltet. Geschäftsverder der Redaktion Nr. 1140; der Geschäftsstelle Nr. 1133 a. Anzeigen-Geschäftsstelle: Große Ulrichstraße 63, I; Telefon Nr. 590 u. 591.

Nr. 51.

Halle a. S., Freitag, den 31. Januar

1908.

Ueberlastung der Richter.

Man schreibt uns: Es ist gewiß anzuerkennen, daß die Vermehrung der Richterstellen nicht mehr in dem Schneltempo vor sich geht, wie in den letzten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts. Trotzdem aber ist sie noch immer viel zu gering, denn teilweise findet eine höchst bedauerliche übermäßige Ausnutzung der Arbeitskräfte der Richter statt. So haben beispielsweise die Zivilrichtergesellschaften erlösenden Amtsrichter Berlins im letzten Jahre durchschnittlich nicht weniger als 2800 gewöhnliche und dazu noch etwa 500 Wechselprozesse zu erledigen gehabt. Dabei sind nicht etwa solche Prozesse, in denen wegen Beweisverhinderung usw., drei, vier oder noch mehr Termine festsitzfinden hatten, als mehrere Nummern gerechnet, sondern die 2800 gewöhnlichen Prozesse sind tatsächlich auf 2800 verschiedene Sachen. Die Zahl der Terminnummern geht also noch weit über die hier angegebenen Ziffern hinaus. Da nun der Richter nicht etwa nur die Verhandlungen in diesen Tausenden von Prozessen zu leiten hat, sondern da er sich jede halbwegs schwierigere Sache auch vor dem Termin ansehen und überlegen muß, so kann sich jeder Richter vorstellen, wie überlastet diese Berliner Richter sind. Tatsächlich müssen sie oft bis tief in die Nacht hinein arbeiten, um ihres Arbeitspensiums Herr zu werden. Wir leben in einer Zeit gesteigerten sozialen Empfindens. Es ist aber ein arger Mißgriff, daß dieses Empfinden sich immer nur auf die Handarbeit richtet und nicht auch auf die geistigen Arbeiter. Dies ist um so verfehlt, als die Nerven leichter nachlassen als die Muskeln, und als jede Ueberlastung der Nerven auf die Dauer sich empfindlich rächt. Diese mangelnde Rücksicht auf die geistigen Arbeiter aber ist vom sozialen Standpunkte aus ganz besonders zu verurteilen, wenn der Staat der Arbeitgeber ist; denn wenn er nicht mit gutem Beispiele vorangeht, wie darf er dann von den privaten Unternehmern soziales Empfinden verlangen? Man nennt Fabrikten, die die Arbeitskraft ihrer Angestellten aus äußerster Ausnutzung: „Knochenmühlern“, aber ist der Staat etwa keine „Knochenmühle“, wenn er seine Angestellten zwingt, vom frühen Morgen bis tief in die Nacht hinein zu arbeiten? Wir geben gern zu, daß es eine große Anzahl von Richtern gibt, deren Arbeitsmaß durchaus erträglich ist, aber was hilft das denen, die ungebührlich überlastet sind? Das Vorgehen des Staates aber ist nicht nur unsozial, es ist auch unpraktisch. Weshalb werden in Berlin und anderswo, wo Ueberbürdung besteht, nicht mehr Richter angestellt? Doch nur aus Sparparalelle, denn daß es etwa an Wessleren fehlt, mit denen neu zu schaffende Richterstellen besetzt werden können, wird niemand behaupten wollen. Diese Sparparalelle aber ist sehr übel angebracht, denn wenn ein Richter seine Nerven vorzeitig aufgebraucht hat, so muß er sich auch vorzeitig pensionieren lassen, und daraus erwachsen dem Staate ebensoviele Kosten, als wenn er einen neuen Richter mit 3000 Mark Anfangsgehalt einstellt. Vor allem wird das Publikum geschädigt, für das doch schließlich die ganze Justiz da ist. Denn wenn ein Richter schließlich an 3000 Sachen zu erledigen hat, so liegt es auf der Hand, daß er, so stark er auch den Terminsattel jeder Sitzung bedacht, die einzelnen Termine weit hinauschieben muß. Dadurch entsteht eine Verstopfung der Prozesse, die unter Umständen gleichbedeutend mit dem Verlust der eingeklagten Forderungen ist, besonders in der Großstadt, wo ständige Schuldner eine besondere Gewandtheit darin haben, pfändbare Gegenstände verschwinden zu lassen. Abgesehen von der Verzögerung aber muß notwendigerweise auch eine Verschlechterung der Rechtspflege eintreten, denn auch der tüchtigste und gewissenhafteste Richter kann, wenn er fortgesetzt überbürdet ist, die einzelnen Sachen nicht mit der Sorgfalt erledigen, als wenn er nur halb soviel Prozesse hätte. Dadurch aber werden notwendigerweise auch mehr ansehbare Urteile gefällt, es gehen infolge dessen mehr Sachen in die Berufungsinanz und dadurch erwächst dem Landgerichte unnütze Mehrarbeit, ganz abgesehen davon, daß für das rechtshändige Publikum größere Kosten entstehen. So widerspricht also die ungenügende Vermehrung der Richterstellen sowohl der angemessenen Rücksicht auf die Richter wie dem Ansinnen der Justiz, wie endlich den Interessen des Publikums. Es liegt nicht in den Gespögenheiten unseres Richterstandes, zu schreiben, sonst würden die Minister der Justiz und der Finanzen manches zu hören bekommen, was ihren Ohren nicht angenehm wäre. (.)

Deutsches Reich.

Sol- und Personalarbeitnehmer.

Gestern morgen besuchte der Kaiser den Reichstagskanzler, nahm im Schloß die Meldung des Admirals Büchel, von seiner bisherigen Stellung als Chef des Admiralstabes entbunden, und des Generals v. Bernhadi als kommandierenden Generals entgegen und hörte die Vorträge des Chefs des Militärkabinetts. Das Kaiserpaar besuchte mit großem Gefolge gestern nachmittag um 3 Uhr das Kaiserin-Friedrichshaus für das ärztliche Fortbildungswesen. Mit dem Kaiserpaare waren die Prinzen Heinrich und Waldert gekommen. Im großen Saal hörten die einen Vortrag von Prof. Robert Koch. Der Gelehrte sprach

über seine Beobachtungen und Untersuchungen zur Erforschung der Schlafkrankheit in Deutsch-Ostafrika. Das Kaiserpaar folgte den Ausführungen, die durch eine Fülle von Lichtbildern erläutert wurden, mit großem Interesse. Ein über das Befinden des Herzogs Ernst von Sachsen-Altenburg ausgetragenes Bulletin besagt, daß der Herzog im Ansehlich an die bronchitischen Halserkrankungen nicht unerbittlich sich häufig wiederholende althmatische Beschwerden hat. Der Puls ist fieberlos, der Kräftezustand hat etwas nachgelassen. Graf Mirbach-Sorquitten, der zu den Verhandlungen des Herrenhauses nach Berlin gekommen war, ist dort erkrankt. Er konnte an der Sitzung des Eisenbahnausschusses des Herrenhauses nicht teilnehmen. Nahrung hat sich das Befinden des Grafen, der an Influenza leidet, noch verhältnismäßig, so daß er wieder nach Sorquitten zurückzukehren beabsichtigt.

Die Branntweinbesteuerung.

Nachdem die ersten Mitteilungen über das Spiritusmonopolprojekt veröffentlicht worden waren und das anfängliche Zeugnis der Offizialen in Stillschweigen verwandelt hatte, schien es einige Zeit lang, als ob das Reichstagsamt den Plan einer Monopolisierung des Zwischengeschäfts einer Reform der Branntweinbesteuerung gepusert habe. Diese Annahme hat sich aber als irrig erwiesen, die von der „St. Ztg.“ der Öffentlichkeit zugänglich gemachten Grundzüge des Entwurfs, die von den Offizialen nicht mehr bestritten worden sind, haben vielmehr ergeben, daß Herr v. Stengel an seinem ursprünglichen Projekt festhält und den traurigen Mißmut unserer Branntweinbesitzer konfirmieren will. Da der Monopolvertrag dem Bundesrat anscheinend bereits vorliegt, wird voraussichtlich der Reichstag schon bald in die Lage kommen, sich mit ihm zu beschäftigen, wobei dann auch die Frage der Reform der Branntweinbesteuerung als eines viel rationelleren Mittels, dem Reiche Mehreinnahmen zu zuführen, in eingehender Weise erörtert werden dürfte. Zur rechten Zeit hat es der auf volkswirtschaftlichem Gebiete nicht mehr unbekannt Dr. Hugo Bismuthmann unternommen, in einem „Die Spiritusindustrie, ihre Technik, Steuern und Monopole“ betitelten Werkchen (Stuttgart, Ernst Heinrich Moritz) eine klare Darlegung des Tatsachenmaterials zu geben, das für die Beurteilung von Fragen der deutschen Spiritusindustrie von Bedeutung ist. Mit Rücksicht auf die kommenden Reichstagsverhandlungen ist besonders die eingehende Darstellung des neuartigen Steuerprojekts interessant. Das Branntweinsteuergesetz vom 24. Juni 1887 hat für eine bestimmte „Kontingenz“ Gesamtjahresmenge von Spiritus einen Vorkonzessionsbetrag von 50 statt 70 Mark pro hl bei Erhebung der vollen Verbrauchsabgabe gewährt. Das Kontingent wird jetzt von 5 zu 5 Jahren nach dem Durchschnitt der in den letzten 5 Jahren tatsächlich vertriebenen Branntweinmengen festgelegt und auf alle 1887 schon vorhandenen und die seitdem hinzugekommenen landwirtschaftlichen Brennereien verteilt, wenn sie mindestens ein Jahr im Betriebe sind; neu entstehenden Brennereien wird nach einem Geleße vom 8. April 1907 überhaupt nur ein Höchstkontingent von 500 hl gewährt.

Von den landwirtschaftlichen Brennereien wird nun bei der Verarbeitung von Getreide und Kartoffeln eine Maßraumsteuer nach dem Inhalte der Gärkottische erhoben, die 1,81 Mark pro hl Maßraum beträgt. Von dieser, die dem Reiche etwa 12 Mark pro hl Alkohol einbringt, werden aber beim Export und bei der Denaturierung 10 Mark pro hl zurück, also 4 Mark, überbezogen, was dadurch zu erklären ist, daß die technischen Fortschritte eine bessere Ausnutzung des Materials ermöglichen, wodurch die nach der Größe des letzteren erhobene Steuer, pro hl Alkohol berechnet, allmählich geringer geworden ist. Daneben wird die schon erwähnte Verbrauchsabgabe von demjenige erhoben, der den Branntwein in den freien Verkehr bringt, und zwar 50 Mark pro hl des Kontingents, 70 Mark für die mehr erzeugte Menge. Bei Materialbrennereien, d. h. solchen, die aus nichtmehligen Stoffen (Ordnisfäulen, Wein, Weintreben usw.) Branntwein gewinnen, tritt an Stelle der Maßraumsteuer ein Zuschlag zur Verbrauchsabgabe in verschiedenen Sätzen nach der Ausbeute, ebenso bei gewerblichen Brennereien ein solcher Zuschlag von 20 Mark pro hl. Die Brenner verlieren nun außerdem ihren Spiritus gewöhnlich mit 70 Mark und erhalten für die Kontingentsmenge 20 Mark pro hl in Form von bei weiteren Steuerzahlungen anzurechnenden Berechtigungsstellen zurück. 1905 ist dann ferner eine Brennereier für Brennereien mit über 200 hl Jahreserzeugung eingeführt worden, die mit 50 Mark beginnt und bis 6 Mark bei landwirtschaftlichen, bis 15 Mark bei gewerblichen Brennereien liegt, deren Erträge aber wiederum zu Främen bei der Ausbeute des Spiritus oder bei dessen Verwendung zu technischen Zwecken veranlagt werden und daher seine Ertragsquelle für das Reich bilden.

Dieses verwickelte System von Steuern, das die Wirkung hat, daß das Reich nur wenig mehr als die Hälfte des Aufkommens aus ihnen erhält, während der Rest den beginnlichen Brennereien zugute kommt, soll mit seinen noch viel verwickelteren Einzelheiten auch bei Einführung eines Monopols aufrecht erhalten und durch dessen Fortschritte noch vermehrt gestaltet werden. Warum Herr v. Stengel, nachdem die Fortsetzung der Reichsfinanzreform verlagert worden ist, trotz der offenkundigen Opposition gerade an diesem Plane festhält, ist schwer verständlich. Glaubt er wirklich, den vereinigten Widerstand der Rechten und Linken besiegen zu können?

Die öffentliche Stimmabgabe.

Fürst Bülow sprach am 10. Januar im Abgeordnetenshaue: Auch kann die Königliche Staatsregierung die Ersetzung der öffentlichen Stimmabgabe durch die geheime nicht in Aussicht stellen. Fürst Bülow, der in der nämlichen Rede ja auch von dem Mangel des Wahlrechts sprach, deren Abstellung „seit längerer Zeit in eingehenden Arbeiten erwogen“ würde, scheint bei diesem ersten Studium des Wahlrechts noch nicht bis zu den Tatsachen gelangt zu sein, die Kunde geben von

dem furchtbaren Terrorismus und der schlimmen Korruption als Folgeerscheinungen der öffentlichen Stimmabgabe in Preußen. Wir weisen ihn auf folgende Vorkommnisse hin (mitgeteilt in dem Buche v. G e l a d s: „Die Geschichte des preußischen Wahlrechts“):

Der Randrat von Stritzberg, v. G r a e o e n i g, gab im Abgeordnetenhaus folgende Geschichte zum besten:

„Wander (ein freisinniger Pädagoge) erhielt auch eine Anzahl von Stimmen und darunter von fünf Gebrüderführern, von denen zwei vor wenigen Wochen das Glück gehabt hatten, Ge. Majestät über das Gebrüde zu tragen; ich beschied sie zu mir und hielt ihnen ihr Unrecht mit ernten Worten vor und eröffnete ihnen, daß sie sich meines Vertrauens unwürdig gemacht, ich ihnen daher die Legitimation für das nächste Jahr nicht wieder erteilen werde.“

Am 12. Januar 1888 bestrich der Pole v. G a r s i n s k i im Abgeordnetenhaus, daß in Krottsch die Gefangenen unter Kommando des Gefangenwärtlers zur Wahl geführt wurden. Auch waren die Lehrer angewiesen worden, für wen sie stimmen sollten.

Ein Schreiben des Rittmeisters v. M e y e r i n d im Garde-Husarenregiment an einen Bädermeister in Potsdam lautete:

„Euer Wohlgehorner teile ich ergeben mit, daß mir die Anzeige gemacht worden ist, daß Sie nicht im Sinne S e i n e r M a j e s t ä t des Königs gewählt haben.“

Da Sie hierdurch kein Vertrauen zu unserer Partei (!) zeigen, so können Sie auch kein Vertrauen von unserer Seite verlangen und das Garde-Husaren-Regiment bittet Sie, sich ferner vom 1. November d. J. ab wegen Lieferung von Schritten nicht mehr zu bemühen.“

Im Jahre 1886 führte der freisinnige Abgeordnete H e n d e r i c h im Abgeordnetenhaus aus:

„... Und nun erst die armen Fabrikarbeiter! Ja, man muß in solchen Gegenden leben, um das Elend kennen zu lernen. (Lachen rechts.) Meine Herren, ich besahe tief, daß Ihnen das lächerlich erscheint! (Sehr nahe! links und im Zentrum.) Der Gelehrte, mit den Verhältnissen wohl vertraut, ist sich gewöhnen, den Leuten den Rat geben zu müssen, daß sie an Weib und Kind denken mögen. (Heiterkeit rechts.) Meine Herren, Sie kennen das Elend, was aus Oberflächen gemeldet ist, ich meine die Fälle, wo Arbeiter, die jahrelang in Treue ihrem Broterwerb gedient, aus ihrer Stelle entlassen wurden, weil sie nicht auf Kommando stimmen wollten.“

Diese Fälle ließen sich verhandeln. Der Herr Reichsanzler wird aus der Lektüre solcher Aktenstücke erkennen können, zu welcher Gemütspein die öffentliche Stimmabgabe führt. Der Staatsmann, der die letztere trotzdem nicht beilegt und durch die geheime Stimmabgabe erleben will, billigt damit indirekt alle die Beschränkungen und Genossenschaftstränkungen, die unter dem Schutze der öffentlichen Wahl in Preußen verübt worden sind.

Der Sturm gegen Ehrhard.

Wir haben schon auf die heftige Sprache des Artikels der „Correspondenz Romana“ von dem Strahburger Theologieprofessor Ehrhard, den Keutheimer Pfarrer Würzberger und die ultramontane Berliner „Germania“ hingewiesen. Die Fassung, die bisher vorlag, blieb an Schärfe noch hinter dem Vorwurf zurück, den die „Königliche Volkszeitung“ gibt und den wir deshalb ebenfalls übernehmen möchten. Da heißt es:

Die bedauerliche Veröffentlichung des päpstlichen Hausprälaten und Professors an der Universität Strahburg, Hr. Ehrhard, in der „Internationalen Wochenschrift“ über die neuesten päpstlichen Kundgebungen hat hier großes Unwillen hervorgerufen. Die Wesentlichkeit seines Geistes, sein gewandtes Wort und die Gründlichkeit seiner historischen Kenntnisse sind bei ihm leider verbunden mit gänzlichem Mangel an Vertrautheit mit den philosophischen und theologischen Disziplinen. Der genannte Artikel tut zur Entschuldigung dar, daß ihm selbst die Grundprinzipien der Sozialistik unbekannt sind, gegen die er mit so bedauerlicher Leichtfertigkeit ankämpft. Der sowohl der Form als dem Inhalt nach unkorrekte Ton gegenüber dem Papst und in betreff von Dingen, die für den Glauben und die Disziplin grundlegend sind, verdient es, von allen aufrichtigen Katholiken gebremst zu werden... Inverhöhnend noch... ist Herr Würzberger, Pfarrer von Keutheim, der in einer Zufahrt an die „Münchener Allgemeine Zeitung“ dem erwähnten Artikel Beifall spendet gegen Rom und endlich erklärt, es sei Zeit, einmal damit ein Ende zu machen. Mit letzterem Wunsch sind wir vollständig einverstanden. Diese Auslassungen von Dilettanten der mehr oder minder modernisierenden Wissenschaft, dieses Aergernis vermeintlicher Katholiken muß abhören entweder drinnen oder draußen. Die allererleuchtete Christheit gebietet es.

Die „Kön. Ztg.“ bemerkt dazu: „Was hier gegen einen deutschen Theologieprofessor von Rang und Namen in wenigen Zeilen ein Verächtlichmachung und Schmähreden zusammengedrängt ist, dürfte kaum je zuvor erlebt worden sein.“ Dabei hat Ehrhard nicht etwa an einem heiligen Kritik geübt, sondern lediglich an einem päpstlichen Kundschreiben. Aber er hat dessen Ton in Gegenhalt gestellt zu dem vornehmen väterlichen Ton früherer Päpste und hat dadurch den Haß der Väter der Enzzyklika zugezogen.“

Friede in der Berliner Kolonialgesellschaft.

Wie das Woffische Telegraphenbureau erfährt, wird die nächste Nummer der „Deutschen Kolonial-Zeitung“ ein sachliches Protokoll der umfassensten Einigung zwischen dem Präsidenten und der Abteilung Berlin der Deutschen Kolonial-Gesellschaft veröffentlichen, das mit der Zurücklegung

des Antrages der Abteilung Berlin auf die Berufung einer Vorläufigen und mit einer Vertrauensklärung für den Präsidenten in unändernder Lokalität der genannten Abteilung schließt.

Das Reichsvereinsgesetz vor dem Plenum.

Die Kommission des Reichstages für die Vorlage betreffend das Vereins- und Vereinsrecht einigte sich dahin, daß der Entwurf im Plenum an bloße Debatte angenommen werden soll mit Rücksicht auf die eingehende Beratung.

Das Vorkessengesetz in der Kommission.

In der gestrigen Sitzung der Vorkessenkommision stand der § 36 des Entwurfes (Zulassung von Wertpapieren zum Vorkesshandel) zur Debatte. Ein Antrag, in Absatz 1 anstatt „der dritte Teil“ zu setzen „die Hälfte“, wurde angenommen, ebenso der abgeänderte § 36 Abs. 1 und § 36 Abs. 2. Nächste Sitzung am 4. Februar.

Die Zukunfts- zur Brüsseler Konvention.

Die Kommission des Reichstages zur Vorbereitung der Abänderung des Zuckervertrages hielt gestern ihre erste Sitzung ab und beriet über zwei vorliegende Anträge. Scherer-Bühm (sonst.) beantragt 1. die Zuckerverträge auf 10 Mt. vom 100 Mio. Reichswert festzusetzen, 2. zur Deckung eines eventuell vorliegenden Minderertrages den Reichsfiskus zur Aufnahme einer Anleihe zu ermächtigen und 3. dieses Gesetz am 1. April 1909 in Kraft treten zu lassen. Wiemer (frei. Vpt.) beantragte, die beschlossene Ermächtigung der Zuckerverträge von 14 auf 10 Mt. pro Doppelzentner vom 1. Oktober 1909 ab durchzuführen und einen etwaigen Ausfall durch die Schaffung anderweitiger Mittel auszugleichen. Staatssekretär Freiherr v. Stengel erklärte dem Antrag Wiemer gegenüber Bedenken. Derselben gegen den Antrag Scherer habe er fallen lassen wollen. Abg. v. Schwerin-Löwig beantragte ferner, die internationalen Vereinbarungen über die Behandlung des Zuckers zu prüfen und die Vereinbarung über den Zuckerverkehr mit Rußland nicht früher zu ratifizieren, als bis die Abänderung des Zuckervertrages die Zustimmung der gesetzgebenden Faktoren gefunden habe.

Die Postbeamten-Carriere.

In der Budgetkommission des Reichstages erklärte gestern Staatssekretär Kraeffe, die Anforderungen an die Postbeamten infolge der technischen Fortschritte machten eine eingehendere Schulung notwendig. Um die Einführung des Mechanismus handle es sich durchaus nicht, sondern lediglich um eine höhere technische Bildung. Unterrichtssekretär Endow antwortete dann auf eine Frage Erbsbergers, von finanziellen Lasten sei keine Rede; durch die stetigen Fortschritte sei eine weitere wissenschaftliche Bildung bedingt. Diesen Zweck erfülle der bestehende Fortbildungskurs nicht. Der Unterrichtssekretär erklärte ferner, der Plan der Neuordnung gehe schon auf seine Vorgänger zurück. In der Anstellung der Abiturienten ändere sich nichts; es folge ein Jahr Praxis, dann erst das akademische Studium. Darauf wurden Titel 20 und 21 „Post- und Telegrapheninspektoren“ angenommen. Bei dem Ziel „Oberpostinspektoren“ und „Unterbeamten in gehobenen Dienststellen“ erklärte Staatssekretär Kraeffe, daß die Schaffung neuer Beamtenkategorien eine erhebliche Mehrbelastung erheben würde. Durch ein Examen für alle gehobenen Unterbeamten sei es möglich, gewisse Arbeiten der Assistenten auf die Unterbeamten zu übertragen. Die bisherigen gehobenen Beamten ohne Examen würden in ihrer Stellung verbleiben. Die Prüfung sei leicht und werde nicht zu höheren Forderungen betreffend Titel und Einkommen führen. Nächste Sitzung heute.

Militärische Geheimnisse verraten.

Ein Beamter der Kruppischen Gussstahlfabrik in Essen ist dem „B. L.“ zufolge wegen Verrats militärischer Geheimnisse verhaftet worden. Es handelt sich um Zeichnungen für italienische Geschütze, die der Beamte ausgeliefert haben soll.

Die Deutsche Vereinigung.

zu der einflussreiche Mitglieder der Rheinischen Landwirtschaftskammer gehören, will, wie die „Germania“ hört, die Frage des Koalitionsrechtes für die ländlichen Arbeiter benutzen, um dem Zentrum Schwierigkeiten in den ländlichen Kreisen zu machen. Die Rheinische Landwirtschaftskammer habe alle Landwirtschaftskammern veranlaßt, zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Man wolle dadurch die Frage in Aufbruch halten, um bei den Landtagswahlen über agitatorisches Material zu verfügen. Der neue Präsident der Landwirtschaftskammer v. Groote sei auch Mitglied der Deutschen Vereinigung. Die Deutsche Vereinigung gedente ferner die Stellungnahme der Zentrumsfraktion zur Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen zu benutzen, um in ländlichen Kreisen gegen die Zentrumsparthei Stimmung zu machen.

„Ich will kein Zentrums-Kaiser sein!“

Unter dieser Epigramme schreibt der „Baner. Kur.“: „Nach der neuesten Nummer des „März“ hat der Kaiser den Ausspruch, er wolle kein Zentrums-Kaiser sein, zum ersten Mal getan, worauf dieser es als seine erste Pflicht anah, den Bruch mit dem Zentrum herbeizuführen. Die Mittelungen des „März“ sind nach unseren Informationen zu treffend; sie belagen aber auch, daß der neueste Kurs nicht einer Laune des Kaisers entsprungen ist, und daß es fraglich ist, ob mit dem Rücktritt des Fürsten Bülow eine andere Richtung eingeschlagen wird.“ Bisher aber las man, so bemerkt dazu die „Tagl. Rundsch.“, in der Zentrumspresse stets, daß die Auflösung uralten Geistes der Kaiser sei und von diesem nur in die Wege geleitet wurde, um sich am Kaiser zu halten. Dementsprechend ist die literale Presse auch nicht mitleidig geworden, den Kaiser zu verdammen, ihn gegen den Kaiser auszuspielen, ihn des Hausmeiertums zu beschuldigen usw. Ob sie damit nun aufhört?

Allgemeine Mitteilungen.

- Die Wahlprüfungskommission des Reichstages beschloß gestern, die Wahl des Abgeordneten Ernst Hannover (natl.) für gültig zu erklären.
- Der Termin zur Ratifikation der Zukunfts- zur Brüsseler Zuckerkonvention ist bis zum 15. Februar verlängert worden.
- Die bayerischen Bischöfe schlossen sich dem Bittensreiben der deutschen Bischöfe, betr. die päpstliche Enzyklika, an.

— Ueber den Prozeß Hohenau-Egnar bringt die „Mugsburger Abendzeitung“ aus den „Kreisen des bairischen Hochadels“ einen Artikel, in dem aus dem Ergebnis dieses Prozesses der Schluß gezogen wird, Harden gehöre nicht ins Gefängnis. Die „Voll.“ glaubt, der Artikel sei von Rechtsanwält Bernheim inspiriert.

See- und Flotte.

— Kaiserliche Marine. Der heimkehrende Transport der von „Planet“ abgelassenen Besatzung ist dem R. A. D. „Gneisenau“ am 29. Januar in Vort Saib eingetroffen und hat an demselben Tage die Reize nach Neapel fortgesetzt. „Tiger“ ist am 30. Januar von Amoy nach Hongkong in See gegangen.

Deutscher Reichstag.

90. Sitzung vom 30. Januar, 1 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht der Marine-Gesetz.

Die Kommission beantragt dazu, abgelesen von einigen Abänderungen, eine Resolution. Diese erludt den Reichsfiskus, Arbeiten für die Marineverwaltung nur an solche Firmen zu vergeben, die in Beziehung auf die Arbeitsbedingungen die gesetzlichen Vorschriften einhalten und, falls Tarifverträge für die betreffende Art der Arbeit am Ort des Betriebs gelten, nicht hinter den Bestimmungen dieser Tarifverträge zurückbleiben. Auch sei die Marineverwaltung angewiesen, die Festlegung oder Neuordnung von Arbeitsbedingungen in den Reichs-Marinebetrieben unter Mitwirkung der Arbeiterausschüsse vorzunehmen.

Beim Staatssekretär-Gesetz hat die Kommission Abg. Leonhart (fr. Vp.) von rechtsstehenden Kreisen sei wiederholt die Marineverwaltung angegriffen worden, weil sie angeht für die Marine nicht genug tue. Diese Angriffe seien unbeschränkt. Sein Freund Wiemer habe gestern schon dem Staatssekretär das Vertrauen ausgesprochen, daß er tue, was er für notwendig halte. Auch der Gesandtschaft unserer Schiffe sei angegriffen worden, ebenfalls mit Unrecht. Mit Recht aber folge die Verwaltung dem englischen Beispiele, indem sie zunächst Probe-Schiffe baue. Unzutreffend sei auch der Vorwurf, der Bau der einzelnen Schiffe erfolge bei uns zu langsam. Wünschenswert sei freilich, daß an die Spitze unseres Konstruktionsbureaus statt eines Marineoffiziers ein Konstruktionsingenieur trete. Auf die Höhe des Gehalts könne es dabei nicht ankommen. Eine falsche Sparmaßnahme sei es gewesen, daß wir erst jetzt zum

Bau von Unterseebooten

Schreiten. Wir hätten das schon früher tun sollen und zu dem Schluß lieber den Bau eines der Schiffe der Kaiser-Klasse vorzuziehen sollen. Berufsmäßige Politiker müßten sich mehr als bisher mit Fragen der Marinetechnik befassen. Dieser sei die Öffentlichkeit hierin viel zu sehr auf Wohlgefallen aus dem Marinebureau angewiesen gewesen. (Sehr richtig.) Zu beklagen sei, daß nicht genug für Maschinen-Ingenieure und deren Nachwuchs geforgt sei. Auch ihre dienstliche Stellung sei eine ungenügende. Man habe ihm einmündet, daß England seine guten Erfahrungen mit der Gleichstellung der Marine-Ingenieure mit den Marine-Offizieren gemacht habe. Im vorliegende englische Preskriptionen sprächen sich aber in genau entgegengesetztem Sinne aus. Ebenfalls laute das Urteil in Frankreich. Auch in Deutschland müßte solche Gleichstellung erfolgen, zumal die Ausbildung unserer Ingenieure eine vorzügliche sei. Der Schmirler muß bei uns denjenigen Einfluß erhalten, der ihm gebührt. Auch an der Bekämpfung der Kriegskriegsgerichte darf nicht mehr so wie bisher die Defensivität ausschließen werden. Die Anstellungenverhältnisse für Militär- und andere jener müssen mehr als bisher den gesetzlichen Bestimmungen entsprechend gehandhabt werden. Man sollte auch statt des Titels „Vertriebssekretär“ den Titel „Vertriebssekretär“ einführen. An den Tafelgebern für Offiziere ist zu bemängeln, daß sie sogar bezahlt werden, wenn der Betreffende sich gar nicht an Bord befindet. Die Weggeber sollen doch keine Zulage sein, sondern nur eine Entschädigung für die erhöhten Kosten an Bord. Auch bei der Marine muß der Geist altpreussischer Sparsamkeit walten.

Staatssekretär v. Tirpitz: In den Ausführungen des Redner habe weniger bemerkt gewesen. Er hat mich in der Kommission mehrfach misshandelt, ebenso gestern. Ich habe gestern nicht gesagt, unser Schiffbau sei nicht auf der Höhe, sondern ich habe nur gesagt: quantitativ könnten wir nicht so viel leisten wie England! Dieses hat mich sehr Firmen zur Verfügung, deshalb kann es mehr bauen. Auch hat Redner den technischen Betrieb und den konstruktiven Teil durcheinander geworfen. Für wünschenswert halte ich durchaus, daß

ein Ingenieur an der Spitze des betreffenden Departements

steht. Aber es fragt sich, ob er dann nebenbei noch die Arbeit als Direktor leisten könnte, er würde dadurch zu sehr belastet. Wenn Redner meint, wir hätten in der Unterseebootsfrage etwas verabsäumt, so ist er ganz falsch berichtet. Wir waren in dieser Frage nicht abnehmend, sondern nur zurückhaltend. Einmal, weil wir diese Boote nicht nur für unter See, sondern auch für die Oberfläche bauen mußten. Sobald wir dies erreicht, sind wir mit dem Bau vorgegangen. Und dann ein zweites Moment: Gekochtenbetrieb war zu gefährlich; sobald wir ein geeignetes Betriebsmittel fanden, haben wir sofort zugegriffen, und jetzt bauen wir, ohne daß wir 13 bis 14 unbrauchbare Unterseeboote auf den Werften liegen haben. Nun zum Nachrichtenbureau. Ja, wir haben es für Pflicht gehalten, die Öffentlichkeit aufzuklären. Aber den Einfluß dieses Bureaus hat Herr Leonhart übermäßig, denn befände jener Einfluß, so würden wir offenbar die vielen Angriffe, denen wir ausgesetzt waren, nicht erfahren haben. In Bezug auf das Maschinenpersonal will der Abgeordnete alles anders haben. Aber gesteht er uns denn die Garantie, daß, wenn wir ihm folgen, der Schiffbau nicht sich so unbedingt auf das Maschinenpersonal verlassen kann? Ist es doch ein Unterschied zwischen Konstruktionsingenieuren und bloßen Betriebs-Ingenieuren. Wir wollen auch deren Karriere ja ganz verbessern. Die Stellung, die ihnen gebührt, sollen sie haben. Aber die Vorgänge in Rußland können uns nur bekümmern in der Vorzeit, die wir in Bezug auf die Maschinen-Ingenieure stets geist haben, und bei der wir auch künftig beharren werden.

Abg. Straume (fr. Vp.): Herr Dr. Leonhart hat keineswegs Konstruktions-Ingenieure und Maschinen-Ingenieure durcheinander geworfen. Es ist daher auch nicht richtig, ihm das vorzuhalten und so zu tun, als ob alles hinsichtlich wäre, was Dr. Leonhart gesagt habe. Dr. Leonhart hat sich ferner auf die Geistesfrage berufen, als er mehr Interesse forderte. Ja, man kann doch als Abgeordneter nicht mehr tun, als sich auf einen Admiral außer Dienst zu berufen. Und wir können den verabschiedeten Offizieren nur dankbar dafür sein, wenn sie uns sagen, was an der Marine zu besser bleibt. Was das Maschinen- und das Ingenieurpersonal anlangt, so scheint es ja nach den Worten des Staatssekretärs, als ob er die Stellung der Ingenieure wenigstens so ganz allmählich verbessern wolle. Wir können ihm dafür nur dankbar sein. Jedenfalls, ich wiederhole das, hat Kollege Leon-

hart die Bau- und Betriebsingenieure durchaus nicht durcheinander geworfen. Redner bringt Johann auf

mehr Öffentlichkeit bei den Marine-Kriegsgerichten, wenn überhaupt beim Militär-Strafverfahren, wenn auch diese Öffentlichkeit noch so sehr manchem ein Dorn im Auge sei. Sei es doch jago vorgekommen, daß die Gerichtsbehörden und zwar ganz ohne Not (Redner gibt Beispiele), an Bord stattfand. Und ein an Bord gelangen war natürlich ohne Einladung — die man nur vom Gerichtsbeamten erhalten konnte — unmöglich! Und das bekannteste in einem Eingekerkerten die Korde. Wlg. Jta.“ die „Defensivität“ sei ja nicht ausgeschlossen gemeint“ (Seiterfeit.) Bei Verhandlungen an Land sei die Sache nicht besser. Den unteren Beamten seien, so gelegentlich in Kiel, Anstandsverteilungen an die Presse verboten worden. In dem Gerichtsorte habe gelegentlich längere Zeit der Stationsbefehl geprägt: Zutritt Unbefugten verboten! Bei der Disposition und beim Ertztribunalgericht der Marine-Inspektion wies die Presse selten, wenn eine Verhandlung stattfände, und niemals, wenn die Verhandlung sich gegen einen Offizier richtete. Redner betont weiter, daß die Petitionen der Gemeinden Eberbeck und Heppens um Arbeitsstellen, am schließlich noch Wünsche von Marine-Angestellten zu berücksichtigen.

Staatssekretär v. Tirpitz erwidert dem Redner: Das Korridorverbot bei der Disposition sei ergangen, weil der Korridor für die Zeugen bestimmt sei. Die Gerichtsbesitzer hätten können aber, auch ohne den Korridor zu betreten, in den Gerichtssaal gelangen. Die Stellung des Maschinenpersonals sei von ihm selbst schon auf eigenen Antrieb abgeändert worden. Es werde aber auch noch mehr gefahren, vorausgesetzt, daß „die Qualität der Personen, wie wir sie brauchen, nicht dadurch geschädigt wird“. Die Tafelgeber für die betreffenden Offiziere — inwieweit sie nicht an Bord sind — seien um die Hälfte vermindert worden. Die Bewachung habe Wohlwollen für alle ihre Angestellten. Wenn alle Offiziere abgehen, so könne man sie eben nicht halten, da sie nicht ein besseres Fortkommen im privaten Dienst fänden. Abg. Reigen (Soz.): Sie sehen, meine Herren Zeitgenossen, es scheint alles beim alten, trotz der Regierungsjahre und der Orden, (Seiterfeit und Gelächter.) Der Redner bemängelt die Zunahme der auf falkischen Werften, besonders der Kieler. Die Arbeiterbewegung werde von den Vertriebsdirektionen gänzlich mißachtet. Er klagt insbesondere über Mißbrauch bei der Vergabe von Aufträgen und befürwortet den Antrag der Sozialdemokraten, bei der Gestaltung der Arbeiterverhältnisse die Arbeiterorganisationen zuzuziehen.

Abg. Dr. Spahn (Ztr.) vertritt demgegenüber die Resolution der Budgetkommission, die die Zulassung der Arbeiterausschüsse verlangt. Auch er wünscht eine gleichmäßigere Vergabe der Aufträge und Beschäftigung der geschickten Feiertage.

Abg. Coering (Soz.) bringt eine Reihe von Beschwerden aus dem Bereiche der Werft in Wilhelmshaven vor. Ein Geheim Admiralitätsrat Sarns gibt Auskunft über die Lohnverhältnisse auf den falkischen Werften, die durchaus angemessen sind, und weist den Vorwurf einer Entartung der Arbeiter zurück.

Abg. Graf Ostia (nl.) tritt für die unteren Beamten und die Militäranwärter ein.

Das Gehalt des Staatssekretärs wird bewilligt. Beim Titel „Schiffsverpflichtung“ verlangt

Abg. Dr. Dahlgem (Ztr.), daß die Marine ihren Notwein nicht mehr aus dem Ausland beziehen soll, sondern von einheimischen Winzern. Er lobt die Marineverwaltung ein, sich von der Güte des deutschen Weines am Rheine zu überzeugen. (Seiterfeit.) Staatssekretär v. Tirpitz: Soweit irgend möglich, wird der Bedarf von Weinen bei der Marine in Deutschland gedeckt. Wenn wir auch von der Güte des deutschen Rheinweines durchdrungen sind, so haben wir doch nichts dagegen, uns einmal davon zu überzeugen. (Große Seiterfeit.)

Freitag 1 Uhr: Fortsetzung; dann Reichseisenbahnen.

Preussischer Landtag.

Serenhaus.

4. Sitzung vom 30. Januar.

Am Ministerische: Fürst Bülow, Freiherr v. Rheinbaben, v. Arnim, Weseler.

Das Haus ist stark besetzt. Nach der Wahl des Präsidiums, die wir bereits meldeten, folgt die Besprechung der

Schmarrenvorlage.

Kardinal v. Kopp: Die Parteien des Abgeordnetenhauses hätten mit einem gewissen Mißbehagen der Vorlage zugehört. Diese Gefühlsäußerung sei ja recht erneuert, aber ohne alle Bedeutung. Mit der Zustimmung übernehme jeder die volle Verantwortung für die Sache und ihre Folgen. Die Sache sei noch nicht prüfend und sollte von der Staatsregierung noch einmal erlangen werden. Die Entgegenwärtigkeit ist nicht dauernd an sich der ganzen Geistes. Gemäß müsse der Staat dafür sorgen, daß an seinen Grenzen eine ruhige, zuverlässige Bevölkerung wohne. Es wird aber von vielen Satz- und Ortskundigen besprochen, daß die Stimmung der Bevölkerung im allgemeinen die hier in Betracht kommt, staatsfeindlich sei. Wenn dem so wäre, so sei es schwer, diese Bevölkerung als Staatsbürger zu stellen. So lange die Polen ihre Pflichten als Staatsbürger erfüllen, will wir ihre Vertretung über diese oder jene preussische Maßregel hinweggehen. Viel gefährlicher ist

der polnische Radikalismus.

Das habe ich am eigenen Leibe erfahren. Gegen diesen zu kämpfen, muß die Aufgabe aller sein. (Leb. Beifall.) Aber durch die jetzige Vorlage werden wir die lokalen Elemente dem Radikalismus zuführen. Mit Ausnahmegeboten ist nicht dauernd zu regieren. Der preussische Radikal, auf den wir so großen Wert legen, ist bei der Vorlage ausgeschaltet. Wir werden so viel von dem Saften an der Scholle. Sollen wir unsere Grundbesitzer jetzt verlegen? Im weiteren wendet sich der Redner dagegen, daß in der Entgegnung unter seinen Umständen Friedliche, Fortsetzungen usw. eingegeben werden. (Beifall.)

Ministerpräsident Fürst Bülow: Den wohlwörteren Reden der katholischen Kirche werde ich nicht zu nahe treten, wie ich niemals die Gefühle katholischer Mitbürger verletzte habe. Das wird auch bei der Ausführung dieses Gesetzes aus gewissenhaftester Beobachtung werden. Die Frage ist: Sollen zwei Provinzen, von denen eine 18 Meilen von Berlin beginnt, deutsch oder polnisch werden? Wir dürfen nicht werden, bis akute Entartung mit der Kur beginnen. Für mich kommt es auf die Befestigung des deutschen Grundbesitzes, nicht auf die Verdrängung der Polen an. Die Anschließungs-Kommission hat die Ernennung erteilt, die auf sie gesetzt wurden. Wir sind jetzt auf Hindernisse gestoßen, die wir mit den gegenwärtigen Mitteln nicht überwinden können. Eine gewisse Spekulation hat eine

Impfungstele Steigerung der Güterpreise herbeigeführt. Bei der bisherigen Anschließungs-Politik würde der

deutsche große und mittlere Privatbesitz aufgegeben werden. Dar-
über müssen wir uns schleunigst neue Mittel schaffen oder aber die
ganze Aufstellungspolitik aufgeben. Dadurch würden wir aber
die östlichen Provinzen dem Bolschewismus und damit dem
politischen Verfall preisgeben. Auch mit der Entscheidung zu dieser
Vorlage nicht leicht geworden. Aber der dira necessitas mußten
wir uns beugen. Auf entscheidende Wertsprüche muß ich den
Bewährten, daß wir uns zu sozialistischen Grundfragen bekennen
und den

Best für vogelrei
erklären. Ich weiß, daß in diesem Hause schwerwiegende Bedenken
gegen das Gesetz vorliegen. Ein fester Schuß des Privatigentums
ist unerlässlich. Darum wird bei der zumgewiesenen Eigentumsent-
ziehung nur mit der äußersten Vorsicht vorzugehen werden
müssen. Wir wollen nur eine außerordentliche Vollmacht für
den außerordentlichen Verhältnisse. Sehen Sie die Regierung in den
außerordentlichen Verhältnisse für Kulturaufgaben zu erfüllen, damit dort,
wobei deutsche Wäler so viel guten Samen geüet haben, bereinf
deutsche Enten ersten Genes. (Beifall.)

Präsident Reichswahl: Die Vorlage widerspricht der Gleichberech-
tigung aller preussischen Staatsbürger und der Intaktheit des
Privatigentums. Die Regierung entsetzt jetzt die Früchte
ihres Vorgehens, sie sollte sich an ihre Brutt schlägen. Die polni-
sche Bevölkerung verlangt Gerechtigkeit und keine Fürsorge.
Die Regierung sollte die Herzen der Polen zu erwerben suchen.
(Beifall.)

Überbürgermeister Widtes: Der Nationalitätenkampf im Osten
ist ein Unglück für unser Land. In eine Aufgabe der östlichen
Provinzen kann selbstverständlich nicht gedacht werden. Es ist
eine Neugestaltung der polnischen Bevölkerung im Werte, die
ein geschlossenes polnisches Gemeinwesen im deutschen Staate er-
zielen will. Die Polen wollen die Deutschen aus den Ostmarken
verdrängen. Das führt dahin, daß die Bevölkerung dort in
frühesten Zeiten nicht treu zum Staate stehen könnte. Dagegen
gibt es kein anderes Mittel, als

deutsche Wäuer in den Ostmarken
ansiedeln. Ein Friedensschluß mit den Polen jetzt wäre ein
Frieden, den die Polen diffizieren - ein fauler Frieden! Wenn die
Deutschen konsequent nicht werden schon die Polen sich überlegen,
es ist nicht ratum ist, Frieden zu schließen. Nur kein Rück-
schritt: Heute so, morgen so!

Überbürgermeister Körte meint, daß er sich noch nicht zu der
Aussage habe durchringen können, daß das harte Mittel der
Entziehung der Herbeiviehung des Friedens dienen werde. Wenn
Gefahr vorhanden wäre, daß uns Polen und Westpreußen ent-
ziffen werden könnten, würden diese 70000 Hektar uns auch nichts
bringen. Das Gesetz fordert die Entziehung aus politischen Grün-
den. Ob damit das öffentliche Wohl gefördert wird, erfahre
noch sehr zweifelhaft. Im Einzelfalle werde es sehr schwierig sein,
festzustellen, ob bei der Entziehung das Staatswohl in Frage
komme oder nicht. Gewiß ist ein fauler Frieden schlimmer als der
Kampf. Der preussische Staat liege vor einem sehr folgenschweren
Schritt. In der Kommission werde man überlegen müssen, ob
man der Regierung werde folgen können.

Finanzminister Febr. v. Rheinbaben erwidert, daß es leichter
sei, Bedenken zu äußern, als die politische Verantwortung zu
tragen. Die Frage sei einfach die: Sollen wir die Ansehungs-
politik fortsetzen oder die beiden Provinzen ihrem Schicksal über-
lassen. Wir sind milde gewesen, haben aber keinen Dank ge-
erntet. In immer steigendem Maße geht deutscher Volk in pol-
nischen über. Sollen die Anbesten, die mit deutscher Kultur,
deutschem Fleiß und deutschem Kapital gefördert worden sind,
mich übergeben polnisch werden? Das Bestium der Kirche
ist nicht angeht werden.

Oberlandesgerichtspräsident Sann: Den Polen ist Gerechtigkeit
überreich zufließt gemessen. Bei dieser Entziehung handelt es
sich um nationale Güter, die doch wichtiger sind als wirtschaftliche
Interessen, um derenwillen die Entziehung ohne Widerstand er-
folgt. Bei diesem Gesetz handelt es sich um die Ausführung des
Entziehungsgesetzes von 1874. Es ist der Stolz der Hohenzollern,
daß sie es verstanden haben, zu germanisieren und deutsche Kultur
zu verbreiten. (Beifall.)

Grav Nio v. Winkler bezieht auf Grund seiner lan-
jährigen Erfahrung im Osten die Vorlage als einen sehr schiefen,
als einen Schlag ins Wasser. Durch das Gesetz sei ein volkstümlicher
Gegner vernichtet worden, indem man ihnen ihre wirtschaftlichen
Grundbesitz entzieht. Die Polen werden aber vom flachen Lande
in die Städte getrieben und ihr Geld wandert in die Taschen der
polnischen Banken. Um zu erreichen, was wir im Osten verloren
haben, dazu gehört vor allem ein besseres Beamtenmaterial und
bessere Schulen, und ferner müssen wir mit den Polen brechen,
die bisher in der Aufhebungspolitik gemacht sind. (Beifall.)

Landwirtschaftsminister v. Arnim verteidigt die Beamten in
den Ostmarken. Es sei Pflicht der Regierung, der eminenten
Gefahr, die durch das Volkstum drohe, mit den geeigneten Maß-
regeln entgegen zu treten. Es handle sich um die vitalen Inter-
essen unseres Volkes.

Überbürgermeister Dr. Kersten bekennt sich als warmen
Freund der Vorlage. Es müsse endlich mit dem Jidsch-Russ ge-
brochen werden, da ernste Gefahr drohe. Die Regierung dürfe auch
vor den härtesten Mitteln nicht zurückweichen.

Überbürgermeister Dr. Vender hält das Gesetz für verkehrt,
da es immer zweifelt erreicht. Die Regierung treffe die
Schuld, wenn die Landbevölkerung in den östlichen Provinzen jetzt
kolonialisiert ist. Es sei der Flüchtlings Gesetze, daß sie den
tunlichen Polen zu einem wilden Agitator machten.

Justizminister Dr. Pfeifer erklärt, daß die Regierung nie
einen Zweifel darüber gehabt habe, daß sie sich mit der Vorlage
auf gutem Boden befinde. Die Verfassung gebe der Regie-
rung klar und deutlich das Recht.

Grav Droste zu Fiskierung wendet sich scharf gegen die Ent-
ziehung. Sie würde nur neue Erörterung schaffen.
Die Vorlage wird einer Zweigliedrigen Kommission überwiesen.
Nächste Sitzung nicht vor dem 17. Februar.

Schluß 4 1/2 Uhr.

Ausland.

Der Prozeß gegen den General Stössel
und seine Mitbeschuldigten ist, dem „Berl. Tagebl.“ zufolge, nach
Mittler Verhandlung jetzt soweit gediehen, daß am 4. Febr.
die Advokaten beginnen werden. Nach der Anklage des
Oberstaatsanwaltes werden die Verteidiger der Generale
Stössel, Knigge und Gosch, schließlich der des Generals Smirnow
sprechen.

Die Lage in Portugal
verschlimmert sich immer mehr. Der Ministerpräsident
Franco hat den König ein Dekret unterzeichnen lassen, durch
welches den Gerichtsbehörden das Recht eingeräumt wird, alle
Magistraten und Richter des Landes zu verurteilen.

König Leopold von Belgien
ist in der Nacht in Paris eingetroffen. Man berichtet, daß er
mit mehreren französischen Ministern, besonders mit Clemenceau,
Unterredungen haben werde.

Spanien in Marokko.
Die Bank von Spanien soll beschloßen haben, in Tanger
eine Filiale zu errichten.

Die Entschädigungen für Casablanca.
Die Londoner Wäler berichten, daß nach dem Mei-
nungsaustausch zwischen der französischen, deutschen und
spanischen Regierung die deutsche Regierung ihre Zusim-
mung zu der von Frankreich in Vorklage gebrachten Prozeß
gegeben, nach welcher die Entschädigungen für Casaba-
lanca zu gewähren sind. Der Reichsanwalt hat diesen
Entschluß der kaiserlichen Regierung dem französischen Bot-
schafter in Berlin mitgeteilt. Es ist vereinbart worden, daß
der internationale Ausschuss alle von Europa stammenden
Forderungen zu prüfen hat, wobei die von dem deutschen
Ausschuss angestellten Erhebungen zu benutzen sind.

Keine Tagesnachrichten.
Der 3. Febr., wie jetzt bestätigt wird, im Laufe des
Monats März nach Italien kommen; die 3. Febr. wird wegen ihres
leidenden Zustandes schon früher dort eintreffen.

Halle und Umgebung.

Halle a. S., 31. Januar.

Die Kunstepochen Roms.

Im letzten seiner Vorträge über die Kunstepochen
Roms wies Professor Dr. Goldschmidt gestern Abend
seine zahlreichen Zuhörer einmüchtig auf das 14. Jahr-
hundert in Rom hin; es ist die Zeit Giottos, jener
Malerei, die uns am leichtesten zugänglich ist und unserm
Empfinden am nächsten von aller Kunst der Vergangenheit
steht. Damals waren infolge des Erlös der Päpste in
Florenz nur wenig Künstler in Rom, d. h. am päpstlichen
Hof, als dem Zentrum der Kunst, und nicht einmal
die Künstler waren geborene Römer, sondern Toskaner,
Umbrier, Florentiner, Peruginer usw. Im 15. Jahr-
hundert begann dann ein neues Leben, und die nun fol-
gende Zeit ist die hellste und bekannteste für alle Kunst-
freunde. Jetzt war der ungeheure Komplex des Vati-
kano so recht der Mittelpunkt für die wieder setzen sich
fassende Kunst, die Päpste beriefen viele Künstler, und hohe
Geistlichkeit und Adel in Rom weitestgehend im Auftragegeben.
Da ist als erster in der Reihe Masaccio zu nennen,
dessen Hauptwerke sich in Florenz befinden, in San Cle-
mente in Rom ist infolge der Restaurierung durch Martin V.
nichts von seinen Fresken erhalten als die Darstellung der
Katharinenlegende mit noch starken Anfängen an die An-
tike, aber in der Figurengliederung einfach und schon fast
gotisch. Er zeigt darin schon den Verfall, gewisse Verfall-
ungsprobleme an den Rändern zu lösen, doch es ist noch
alles auf seinen Bildern hindurch nebeneinandergelegt.
Eugen V. berief den Fra Angelico aus Florenz, der
dort im Kloster San Marco die Mäde mit seinen schlei-
chenden Werken geschmückt hat; in Rom wanderte sich keine
Kunst; die Größe der römischen Frührenaissance wickte auf
ihn. Seine Kunst ist leichter als die Malerats. Seine
Vandtschaft ist die toscanische, z. B. in dem Bilde von der
Steigung des Stephanus; viel gotischer ist er in den
Laurentiusbildern.

Unter Nikolaus V. um 1450, der die Reformation im
energischsten betrieht und den Neubau der Peterskirche durch-
führte, dann unter Sixtus IV. wurden besonders viele
Künstler nach Rom berufen, unter ihnen Francesco de la
Robere und Boticeffi. Die Ausmalung der Six-
tinischen Kapelle begann. Da weitestgehend einer mit
dem andern, und es ist ein lüdes Sichausgleichen und Über-
nehmen in den einzelnen Vorken zu beobachten. Am be-
deutendsten ist mit Melozzo, von dem aber nur wenig
Spuren vorhanden sind. Eine Bibliothekenszene in der päp-
stlichen Bibliothek zeigt ihn als einen Künstler von schät-
terer Betonung als die andern, überragend in der Raum-
darstellung. Von großer Wichtigkeit sind die Engel auf den
erhaltenen Restituten aus der Apollotempel. In der eigent-
lichen Sixtinischen Kapelle ist für jene Zeit das jüngste Ge-
richt und die Dede, beides von Michelangelo, wegzunehmen,
nur die Seitenwände mit parallelen Szenen aus dem alten
und neuen Testamente, Moses und Christus ankommenden
jüngere Periode. Da ist bei Cosimo Rosselli die Zu-
sammenführung mehrerer Szenen auf dem Bilde auf. Von
Raffaello ist die Kotte Aeneas und die Verführung Christi
schon klar in der Komposition, auch gleichmäßiger in der
Architektur. Auffallend klar aber durch die große Fläche
und zugleich die feineren hinteren Figuren wirkt die
Schlüsselübergabe von Perugino.

Aus dem Ende des Jahrhunderts sind bedeutend in
dekorativer Hinsicht die Vorgängermur des Alexander II.
mit Darstellungen der Katharinenlegende, der weltlichen
freien Künste wie Rhetorik, Dialektik der Epiklen usw. Zu
beachten ist, daß hier in der Ornamentik ein neues Moment
auftaucht, die Groteske mit ihren Wätern, Ranken und Spiel-
werk, die späterhin noch eine hohe Bedeutung erlangt.
Um 16. Jahrhundert in der Kunst Roms wird der
nächste (5.) Vortrag handeln.

Literarische Gesellschaft. In dem Montag, den 3. Febr.,
stattfindenden Vortragsabend wird Herries, Frei-
herr von Münchhausen, eigene Balladen vortragen.
Herries von Münchhausen, der nach der einflussreichen
Ansicht der gekamten Kritik seit Fontanes Ende der größte
deutsche Balladenbildner ist, spricht in Halle zum erstenmal.
In dem ersten Teil des Programms bringt er altdeutliche
Balladen, im zweiten Teil neuzeitliche. Rechte und Pflichten
des Trägers unserer Schicksale.

Die Kammern und Reichstags-Verordnung hielt am
29. d. M. im Schuttschloß. Die Beschlüsse über die die
jährliche Quartalssammlung ab. In dem Vorhinein wurden
wiedergekündigt die Herren Grede, König und Berner. An Stelle
des abgehenden Herrn Proje wählte man neu Herrn B. Beer.

In den hiesigen Innungsausschuss wurden delegiert die Herren
Grede, König und Berner.

Die Gesellschaft der Schützengilde, die in diesem Frühjahr
ihre 60jährige Schützenfeier nahm in ihrer jüngst abgehaltenen
Generalversammlung u. a. auch die Vorstandswahl vor. Zum
Hauptmann wurde Herr Rentner Martin Müller, zum Ober-
schützenmeister Herr Fleischermeister August Thurm gewählt.

Die Gaudische Schützengilde hatte ihrem am Mittwoch
abend in den prächtig dekorierten Räumen der „Kaiser Wilhelm-
halle“ abgehaltenen Winterfeier den Charakter einer Fugelfeier,
verbunden mit einem Schützenfest nach dem Bogen. Die
Räume waren dicht gefüllt von Besuchern des eigenartigen, recht
gelungen durchgeführten Fettes.

Der Halle'sche Madonnenverein (Frauenverein für Stadt-
mission) wird mit seiner am 9. Februar stattfindenden Jahres-
versammlung in die weitere Öffentlichkeit gehen. Der in
den letzten Jahren viel genannte und durch seinen Kreis mit dem
„Eimplingler“ vielfach in der Presse erwähnte Herr Proje, ist ge-
wonnener worden für einen Vortrag über das Thema: „Die ver-
lorenen Töchter unseres Volkes und die öffentliche Meinung.“
Es handelt sich um ein hoch unstrittenes Thema. Man denke an
die anregenden großen Fragen der Frauenbewegung und der
Muttergutsbewegung, an die Handhabung der Fürsorgeerziehung
und der Sittenpolizei.

Christlicher Verein Junger Mäner, Geiststraße 29. Am
Sonntag abend 8 Uhr wird Herr Privatdozent Dr. jur. Lein-
hardt in Saale des Vereins, Geiststr. 29, einen Vortrag halten
über das Thema: „Die Kultur der alten Ägypte“.
Jeder junge Mann ist eingeladen, der Zutritt frei.

Stadtmision. „Geöffnete Fenster“ lautet das Thema,
über das Herr P. Rönhof am Sonntag abend 8 1/2 Uhr im großen
Saale des Stadtmisionshauses, Wendenplan 4, einen Vortrag hält.

Provinzial-Nachrichten.

Die Hochzeiten der Gräfin Sturza.
Je weiter die Untersuchung gegen die in Dresden in
Unterdrückung stehende „Gräfin v. Sturza“ recte Irma
Frentzer-Tihanyi fortschreitet, je mehr entpuppt sich die Pseudo-
Gräfin als gefährliche literarische Hochpaplerin. Es ist
bereits mitgeteilt, daß die Schwindlerin, abgesehen von Bet-
rügereien anderer Art, Namen und Arbeiten angelegener
Autoren mißbraucht hat. Jetzt wird dem „Berl. Tagebl.“
gemeldet, daß Gräfin Sturza, die im August und September
des letzten Jahres in Berlin weilte, die Bekanntschaft eines
jungen und wohlhabenden Berliner Buchhändlers machte
und sich mit ihm in eine Liaison einließ, lediglich in der Ab-
sicht, ihn für ihre Hochzeiten gefügiger zu machen. Der
Buchhändler hatte keine Ahnung, daß er es mit einer Hoch-
staplerin zu tun hatte. Die „Gräfin“, die während ihres
Lebensjahres in Berlin vornehm im Hotel Bristol wohnte,
trat auch mit der Internationalen Verlagsanstalt Tiliton in
Verbindung und ließ durch die Firma ihre „Verlagsobjekte“
verbreiten. Als die Firma den Schwind erkannte, löste sie
sich von der Verbindung und sandte die Manuskripte an die
Gräfin Sturza; auf Bezahlung der entlassenen Kosten ver-
zichtete die Firma, da nach ihrer Ansicht von der Hochstaplerin
noch nichts zu holen ist.

Die Wiedergäfin hatte übrigens die Unverfrorenheit, sich
um den Nobilitätspreis für Literatur zu bewerben. Die
Schwindlerin ist zu Güns geboren. Eine Zeitung trat sie
als Chamonixentführerin auf. Als solche kam sie auch nach
Dresden und trat dort in Bestellungen zu Demeter Sturza.
Wahrscheinlich in Erinnerung an diese Station dürfte sie dann auch
den Namen Sturza angenommen haben. Von Dufarett lie-
bte sie nach Wien über, wo sie eine Pension in der Singer-
straße erzielte. Hier nannte sie sich Tihanyi. Als sie in
Wien einen Boden verlassen hatte, wandte sie sich nach Budapest,
wo sie dort schließlich nach Dödenburg. Hier wurde sie
wegen Betrübereien zu dreijähriger Kerkerhaft verurteilt.
Aus dem Kerker entlassen, tauchte sie in Gdöbüll auf, wo sie
sich einer Baronin Chaoune anließ. Sie nannte sich dort
Gräfin Sturza. Unter diesem Namen bezog sie von Zume-
stern in Wien und in Deutschland Schmid im Werte von
80 000 Mark. Die Zumeister kamen bald dahinter, daß ihnen
die Waren entlohrt worden waren. Durch die Intention
der Polizei erlangten sie dann den größten Teil des
Schmudes wieder. In Gdöbüll konnte sie nun nicht mehr
halten, sie beschloß sich nach Monte Carlo und später nach
Deutschland. Die „Gräfin“ wird übrigens auch von den
Wiener Behörden leidenschaftlich verfolgt und dürfte nach Ab-
schließung ihrer Haft in Dresden an Oesterreich ausgeliefert
werden.

Verkauf eines Kassenbotes.
Dresden, 30. Jan. In dem Hause des Dresdener
Maurers, das direkt neben der Börse an der Ringstraße
liegt, wurde heute vormittag ein Kassenbote im Hausfluß
bekanntlich aufgefunden. Nach seinen Aussagen, die sehr
verwirrend sind, hat ein Unbekannter ihn nach seiner Tätig-
keit gefragt, und er habe geantwortet, daß er Gelehrer ein-
läßt habe. Darauf habe der Unbekannte ihn in eine Ecke
gelockt, ihn mit einem stumpfen Instrument auf den Hinter-
kopf geschlagen und ihm die Talsche mit 15 500 Mark geraubt.
Die Polizei hat sofort die Verfolgung aufgenommen, alle
Eisenbahnzüge werden durchsucht, doch ist bis jetzt keine Spur
des Verbrechers entdeut worden. Die Bank ist durch Ver-
sicherung gedeckt.

Kasse, 29. Jan. (Beim Zwiebelgeschäft)
unserer hiesigen Händler ist jetzt Stille nach dem Sturm ein-
getreten. In den letzten Tagen waren die Preise für Zwie-
beln mächtig in die Höhe gegangen und Preise bis zu 3 50
Mark pro Ztr. guter Ware wurden noch am Sonntag bezahlt.
Heute gar keine Nachfrage mehr und der Preis ist ganz be-
deutend gesunken.

Neber, 29. Jan. (Wermächtnis.) Der im Juli
1907 in Mollmannsdorf bei Wien verstorbenen von Hier
gebürtigen Generaldirektor Karl Teudloff hat der Stadt zu
Armenzwecken 40 000 Kronen (34 000 Mark) vermacht.

Weißenfels, 30. Jan. (Der wilde Kaffee.)
Eine unangenehme Überfallung wurde den Kennern des
Vereins der Bau- und Erbarbeiter bereitet. Bei einer uner-
warteten Kaffeeverkostung stellte sich heraus, daß fünf in der-
selben kein Wissen bestand. Der Kaffee, „Genosse“ Geb-
hardt hatte den Kaffeebestand verurteilt.

Wittenberg, 29. Jan. (Zu dem Brande in den
Leipziger Farbenwerken) ist noch zu ergänzen,
daß durch das Feuer alle Räumlichkeiten der Fabrik bis auf
das Maschinenhaus, das Kesselhaus, die Niederlage und die
Werkstätten vollständig zerstört sind. Der angerichtete Schaden be-
trägt sich nach vorläufiger Schätzung auf 1 bis 1 1/2 Millionen
Mark. Bedauerlicherweise sind auch zwei Personen durch
Wäkung vom Dach bei dem Lösungsdiens zu Schaden gekommen.

8 Von der Unkraut. 30. Jan. **Wörfelschaden.** — (Schweineprelle.) Wie ich jetzt herauskriecht, hat der strenge Frost zu Beginn des Monats erheblichen Schaden an den Weiden angedichtet, da viele Ähren erfroren sind. — Die Schweineprelle hat wieder heruntergequollen und es werden gegenwärtig für den Zehnten fetter Schweine nur 42-44 Mark bezahlt.

— **Gamburg.** 30. Jan. **Bürgermeister-Kandidatur.** Unser Bürgermeister Kauffmann geht am 1. April fort und wir stehen vor der Aufgabe eines Bürgermeisters, die von den Stadtverordneten dadurch noch erwirkt wird, daß aus 105 Bürgermeisterei-Kandidaten der „Würdigste von allen“ herauszuwählen ist. Fast alle Stände: Postbeamte, Offiziere, A. d. Referendare, Pastoren, Kaufleute usw. sind unter den Bewerbern vertreten.

— **Jena.** 29. Jan. **Die Einführung von „Studententagen“** will Amtsrath Schwarz, der Vorsitzende des hiesigen Schöffengerichts, in Erwägung ziehen, „falls der Betrieb so weiter geht oder noch schlimmer wird.“ Diese Maßnahme — sie besteht früher schon einmal — wurde als zweckmäßig erachtet, da die Fälle leider zunehmen, daß sich das Schöffengericht mit Studenten beschäftigen müßte. Auch ein Zeichen der Zeit!

+ **Jena.** 30. Jan. **(Der Protest der Alten.)** Die Kunde von dem Attentat, das die weimarische Regierung gegen den Schiller-Garten in Jena vorgehabt hat, und von dem sie nun endlich abzuhaken scheint, ist auch nach Italien gedrungen und hat dort zwei alte Jenerer Studenten in helle Entrüstung versetzt. Sie schreiben der „Krit. Ztg.“ aus Capobianco (Matera): Sehr Respekt! In Ihrer Zeitung lasen wir kürzlich, daß der Schiller-Garten in Jena durch den geplanten Bau eines Direktionsgebäudes für die Sternwarte entweicht werden soll. Sie erhoben energischen Protest gegen solche Vorfälle, und diesem Einspruch möchten wir uns nun hier als ehemalige Jenerer Studenten anschließen. Durch Schiller, Goethe und Humboldt ist diese Gasse für alle, welche die deutsche Jugend fruchtbar gemacht, unzählige Nachgeborenen haben dort seit einem Jahrhundert voll Inbrunst und Anbacht geweiht. Die merkwürdigen und erinnerungswürdigen der Schiller-Stätten, deren Granitblock verfertigt: „Hier schrieb Schiller den Wallenstein“ muß für alle Zeiten dem deutschen Volk erhalten bleiben. — Hermann von Krause aus Elland, Rittergutsbesitzer, stud. 1855 bis 1857. Prof. Dr. Sätze aus Bremen, stud. 1854 bis 1856. Espedat (Krieger), 27. Januar 1908.

+ **Elberfeld.** 29. Jan. **(Kindesmord.)** Unter einem schweren Verdaht ist gestern abend eine Frau, eine geborene Sommer von hier, verhaftet worden. Vor einigen Jahren wurde sie wegen Kindesmordes verhaftet. Damals aber konnte ihr eine Schuld nicht nachgewiesen werden. Die gestrige Verhaftung soll aus gleichem Grunde erfolgt sein.

* **Zehlendorf.** 29. Jan. **(Schlichtung)** geworden ist der Streit zwischen Schiller, Goethe und Humboldt ist diese Gasse für alle, welche die deutsche Jugend fruchtbar gemacht, unzählige Nachgeborenen haben dort seit einem Jahrhundert voll Inbrunst und Anbacht geweiht. Die merkwürdigen und erinnerungswürdigen der Schiller-Stätten, deren Granitblock verfertigt: „Hier schrieb Schiller den Wallenstein“ muß für alle Zeiten dem deutschen Volk erhalten bleiben. — Hermann von Krause aus Elland, Rittergutsbesitzer, stud. 1855 bis 1857. Prof. Dr. Sätze aus Bremen, stud. 1854 bis 1856. Espedat (Krieger), 27. Januar 1908.

* **Hannover.** 29. Jan. **(Wer ist der Mörder?)** Wegen des in der Neuhausstraße an der Frau Alma Schulze verübten Raubmordes sind nunmehr drei Personen verhaftet worden. Der Verdächtige Bartels aus Welfen, d. L. Seine, dem bewiesen ist, daß er am Silvesterabend nach Hannover gefahren ist, was er antwortend bestritt, und dessen Schenke aufweisen, der Bergarbeiter Dufmann aus Welfen, der mit 4 Jahren Gefängnis vorbestraft ist. Letzterer war früher in Hannover, von wo er als Substitut ausgewiesen wurde. Er hat sich seitdem in Berlin, Magdeburg, Bremen, Frankfurt a. M. und Hamburg-Altona aufgehalten. In seiner Wohnung fand man ein Bündel stuhlfeines Zeug verpackt vor. Er gibt zu, in der Silberkassette in Hannover eingewen zu sein, bestritt auch seine Bekanntschaft mit der Schullehrer in Hannover; gegen alle drei liegen starke Verdachtsgründe vor, aber alle drei leugnen, die Tat begangen zu haben. Ist einer von Ihnen der Mörder? Und wer ist es von den Dreien? Die Polizei schmeißt weiter noch nach einem 1.70 bis 1.75 Meter großen Manne mit starkem hellblonden Schnurrbart.

Gerichtsverhandlungen.
Verurteilung von Anarchisten.
Wegen Verbreitung von Druckschriften, in denen aufgeführt wurde, im Kriegsfall auf die Militäre zu schließen, wurden in Köln zwei Anarchisten zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Ein dritter erhielt wegen Begünstigung zwei Monate, ein anderer wegen Beihilfe fünf Monate Gefängnis. Zwei Angeklagte wurden freigesprochen.

Die erste Sitzung des Jugendgerichtshofes in Frankfurt a. M. hat gestern vormittag stattgefunden. Es hatte sich ein zahlreiches Publikum eingeschoben, darunter auch mehrere Schulleiter und Geistliche. Vor Eintritt in die Verhandlung hielt Oberlandesgerichts-Präsident Hagens eine Ansprache, in der er darauf hinwies, man müsse eingedenk sein, daß man es mit Jugendlichen zu tun habe, bei deren Beurteilung besondere Momente maßgebend sein müßten.

Kunst und Wissenschaft.
Neues von der Saalburg. Im abgelaufenen Jahre haben die Arbeiter an der Saalburg wieder weitere Fortschritte gemacht. Die Saalburgklammung, die seit 1873 im Homburger Kaufhaus untergebracht war, wurde in das wieder errichtete Horreum überführt und dieses als Altertumsmuseum eröffnet. Im Präditorium wurden ebenfalls Sammlungen aufgestellt und dieser Raum ebenso wie das Horreum durch Hauptkanten (römische Seitenanlagen) beiseite gemacht. In diesen Stellen wurden die Ausgrabungen fortgesetzt, teils im, teils durch am Kastell. Außerhalb sind Ausgrabungen am Kasten Zugmantel, auf dem Fretoboth des Fretoboths, an einem römischen Gutshof in Klein-Schwalbach und auf dem nördlichen Hügelbereich bei Wilmshofsdorf vorgenommen worden. Für den weiteren Ausbau des Saalburgs hat das preussische Abgeordnetenhause 50 000 Mark bewilligt. Die erste Rate davon wurde zur Fertigstellung der Wallmauer nach Beendigung der Fortifikation, zur Schaltung von Brunnen und Ergänzungen verschiedener Art benutzt. Das Mittreum erhielt an Stelle des Gipsreliefs mit der Darstellung des Vitruvius eine Nachbildung in Ton aus Cöbinen, ein Geschenk des Kaisers. Die Fortsetzung der Gefäßausgrabung wurde durch Bewilligung von 10 000 Mark durch das Abgeordnetenhause ermöglicht. Damit konnte ein Chalcidion (Erpsmann) und ein Onager in großen Massen von Oberleutnant Schramm in Metz angefertigt und die philologische Arbeit des Professors Rud. Schneider in Heidelberg fortgesetzt werden. An Geschenk erhielt die Saalburg, außer reichen Barmitteln, im abgelaufenen Jahre zwölf goldene Ringe aus dem Rheinlande von Kaiser, 7 Original-Kaiserbüsten aus der Sammlung Clarke-Frederich, die der Staatsminister Stud. Hüttel, und schließlich 14 Gläser und 16 Gefäße aus Vorrats von Freiherrn von Heul zu Herrnsheim. Jahrelange Fürsichtlichkeit und 165 161 andere Personen besuchten die Saalburg im Jahre 1907. Wie verlautet, soll im Sommer dieses Jahres in Gegenwart des Kaisers und Königs die feierliche Einweihung der Saalburg vorgenommen werden.

Ein unbekanntes Oper Gluck. Wie man mittelst, hat Signor Francesco Pissano in der Bibliothek der Accademia S. Cecilia in Rom eine unbekanntes Oper Gluck „Il Tigrane“ gefunden, die 1743 in Crema (Provinz Cremona) aufgeführt worden ist. Der Autor des Librettos von „Il Tigrane“ ist nicht genannt, doch wurde das gleiche Textbuch bereits 1741 auch von Giuseppe Arena in Mailand geist und diese Oper in Venedig aufgeführt.

Bermischtes.
Die Ermordung des Müggelseeschwärmen.
hat, wie schon kurz gemeldet, zu einer zweiten Verhaftung geführt, die allerdings keine Entlastung des im Waabste-Unternehmens-Verfahren verhafteten Witz darstellt, sondern das Verbrechen, dem er anheimel, bedeutet. Unter dem dringenden Verdaht, den angeklagten Mörder begünstigt zu haben, hat die Kriminalpolizei den Knecht des Fischhofs, Ernst Wehlich, verhaftet. Am Wehlich ist 19 Jahre alt und war früher Fischergehilfe. Am Wehlich hat abends wurde er nach dem Berliner Polizeipräsidium gebracht. Wehlich ist nach dem Verbrechen dem des Mordes an seinem Vater angeklagten Witz Schwarzenstein anfangs sehr bezaubert. Er gab an, daß ihn der Vaterspott zu einer falschen, auf das Wehlich'schen der Saustütter begünstigen Auslage habe verleiten lassen. Jetzt macht er allerlei Aufschüttel. Es ist ferner erwiesen, daß er mit dem Sohn des Fischers mehrere Jahre in der Wehlich'schen und daß er gelegentlich auch für Witz Schwarzenstein kleine Raubzüge unternahm. Auch mit einem Geldweiber stand er in Unterhandlung, um für das Geld, das er zu erhalten hoffte, die gefälschten Urkunde zu befeichtigen, die am 15. Januar fällig war. Verdaht ist auch noch eine Aussage des Knechtes, die sich daran bezieht, wie oft Wehlich zu einer bestimmten Zeit nach dem Mord des Fischhofs verließ hat. Der verhaftete Knecht hat zweimal. Die Kriminalpolizei besitzt einen Zungen, der Wehlich aber zum dritten Male gesehen hat, wie er etwas unter einem Tuch verbergen trug. Es besteht der Verdaht, daß Wehlich zu jener Zeit irgendwelches Material, das Witz bezauberte, fortgeschickt hat.

Stunte Werte. Die schmerzlichen Einbrüche setzen sich in Berlin in einer Weise, die zu ernstlichen Bedenken Anlaß geben. In einer der letzten Nächte machten Einbrecher in der Wilmstraße eine reiche Beute. Die Wäcker hatten sich einschließen lassen und vorernden nachts im Stillen einlog ein Haus mehrere Tieren. Zwei verschlimmte sie sich Zugang zu einer Stoffkiste und Wäcker, wo sie Waren im Werte von 900 Mark erbeuteten. Was sie nicht mitnahmen, wurde zerstört oder beschädigt. Mit einem Sauerstoffgefäße brannen sie auch ein großes Loth in den eisernen Gelbbehälter, sie drangen aber nicht bis in den Gelbbehälter. In der zweiten Etage erbeuteten eine Mann und haben dann die Kiste in die Fahrst. für 9000 Mark. Dann ging er nachts die Treppe hinauf. In einer Tischkassette sowie in einer Kastenbox wurden Wertgegenstände mitgenommen. Im vierten Stock kosteten die Einbrecher in aller Ruhe Kaffee, und im ersten Stock tranken sie zu guterletzt noch zwei Kognatflaschen leer.

Gelbstich auf Reisen. Unter obiger Epithymone befindet sich ein Fuchsbild. Seit einiger Zeit hat sich in der Konzeption eine neue Eide einobereit. Die Reisenden verschiedener großer Koffinhändler nehmen nämlich Anprobieren, damit auf die Tour, da sie oft die ihre Kauf zu in der Provinz keine gute Vorankunft finden. Es ist naturgemäß, daß ein Geld auf einer guten Fahrt nicht besser aussieht, als auf einer nicht normalen, und so ist es für beide Teile gleich annehmbar, daß beim Vorlegen der Kollektion auch die einzelnen Stücke gleich im besten sich vorzeigert werden. Der Verkauf wird den Reisenden ungenem erleichtert und überall, wo die Herren ihr „Sterne“ mit auf die Reise genommen haben, sind vorzügliche Erfolge erzielt worden. — Es wird bald keinen Reisenden mehr geben, der seine Probiermännchen nicht mit auf die Tour nimmt.

2088 973 Seelen zählt Berlin. Das Statistische Amt der Stadt Berlin teilt mit, daß die Einwohnerzahl der Stadt Berlin ohne die Vororte am Schlusse des Jahres 1907 ohne Militär 2 088 973 betragen hat.

Verdächtige auf dem Kirchhof der Märzgefallen. Den Dieben ist nichts festlich. In der Nacht zum Donnerstag haben bisher unbekannt Personen den Kirchhof der Märzgefallen im Friebrichshagen aufgeschloß und von einigen Denkmälern Kupferplatten mit Aufschriften gestohlen. Die Platten haben eine Größe von 41 x 24 Zentimetern.

Vor der Hochzeit in den Tod. Unter traurigen Umständen ist ein Berliner Kaufmann in den Tod gegangen. Der 27 Jahre alte, aus Lohz geblühete Fabrikant Georg Tichauer hat sich gestern vor der Hochzeit erschossen. Tichauer sollte am 2. Februar die Tochter eines Kaufmanns heiraten. Wittwoch morgen verließ er die Fabrik, angeblich um Kunden zu besuchen. Abends um 9 Uhr erhielten seine Angehörigen von der Polizei die Nachricht, daß Tichauer tot sei. Der Mann hatte in einem Hotel am Alexanderplatz ein Zimmer genommen und sich nachmittags im Bette hängen erschossen. In das Fremdenbuch hatte er sich als Kaufmann Rudolf Meyer aus Hamburg eingetragen, hat aber über seine Berufstätigkeit sch. Was Tichauer zum Selbstmord veranlaßt hat, ist noch nicht bekannt.

Ein ungewöhnlicher Diebstahl ist am Kaisersgeburtsfest in Charlottenburg verübt worden. Eine 10 Meter lange und 2,35 Meter breite Fahne in den deutschen Reichsfarben wurde an diesem Tage abends nebst den dazu gehörigen Troddeln und dem Stangenknopf aus einem Hause gestohlen. Um zu der Fahne gelangen zu können, mußte der Dieb erst die zwischen der vierten und fünften Etage des Hauptaufgangs beständige Fahnenstange loslösen und herbeiziehen, was Letztes dem fährlichen und rennerischen Weiter als eine ganz besondere Kraftleistung anzusehen ist.

Der falsche Lord Morley. Der als Lord Morley im englischen Oberhaus aufgetretene und ausgesessene Herr, von dem man behauptet, ist allerdings Präsident auf diese seit dem 18. Jahrdundert erbliche Barone. Er ist ein ehemaliger Kemp

ner namens Roe, der als Hausbesitzer und Hoflingentanz bei den Breiten Adelsbuch verzeichnet ist. Den Titel hat er sich durch einseitige, bisher unangelegten gebliebene Erklärung zugeleigt. Die Barone stammt aus dem 13. Jahrhundert.

Keine Chronik. Der Kommandant der Graf Renard-Grube in Senomorie Kuciat wurde von mehreren Männern überfallen, die ihm nach heftiger Gegenwehr 10 000 Rubel raubten. Die Täter sind unbekannt entkommen. — Auf der Oder ist bei Hork waschendem Wasser Eisgang eingetreten.

Letzte Nachrichten und Telegramme.

Berlin, 30. Jan. Zu der Ermordung des Sanitätsunteroffiziers Rüden er wird vom Gouvernement in Dar-es-Salaam weiter gemeldet: Die Hauptverhandlung gegen die Mörder fand am 27. Dezember in Morogo statt. Der Hauptangeklagte Maumhi und vier seiner Genossen wurden wegen Mordes zum Tode, die anderen Angeklagten zu längeren Freiheitsstrafen verurteilt. Das Todesurteil gegen Maumhi und zwei seiner Genossen fand die Bestätigung des stellvertretenden Gouverneurs. Die beiden anderen Todesurteile wurden in Kettenhaft umgewandelt. Die Verhandlung ergab einmündig, daß Brüder von den Eingeborenen aus Angst vor der Anzeigewegen unbestätigt Jagdausübung erschossen war.

Ueberseefischer Strafprozeß.
Berlin, 30. Jan. In Reichstags drachten zur zweiten Lesung des Etats Liebert und Genossen eine Resolution ein, die Regierung zu ersuchen, für ein besonderes Reichsgesetz die Ergänzung des Strafgesetzbuches dahin zu erwirken, daß den durch die Vorkriegliche und geistliche Beaufsehung über internationalen Strafprozeß gestimmten, innerhalb bestimmter Mitzergrenze stehenden Verurteilten auf Ansuchen der Strafollzugsbehörde gestattet werden könne, die auferlegte längere Freiheitsstrafe in einer deutschen Strafkolonie (Südeisenbahn) zu verbringen.

Landwirtschaftliche Wanderausstellung 1911.
Darmstadt, 30. Jan. In der heutigen Stadtordeungsversammlung teilte der Beigeordnete Jäger mit, daß die Bürgermeisterei auf die Anfrage, ob die landwirtschaftliche Wanderausstellung im Jahre 1911 in Darmstadt abgehalten werden könne, wegen unüberwindlicher Schwierigkeiten in der Befahrung des Geländes einen ablehnenden Bescheid erteilt habe.

Der Raubmord in Dresden fingiert.
Dresden, 30. Jan. Der heute mittag gemeldete Raubmord an dem Dresdener Bankdirektor, wie sich jetzt herausstellt, von dem betreffenden Kassendaten Max Tauscher, der als verdahtig sofort in Haft genommen worden war, nach seinem eigenen Geständnis fingiert gewesen. Das geraubte Geld ist vollständig zur Stelle.

Ein Mord in Kambodscha.
Saigon, 30. Jan. Ein französischer Anlieber aus Quinhon namens Paris wurde von Eingeborenen während einer Reise in der Umgebung getötet. Einige Eingeborene seiner Begleitung und mehrere Kulis sollen gleichfalls getötet sein.

Berlin, 30. Jan. In der Budgetkommission des Abgeordnetenhause erklärte der vom Etat der Bauverwaltung der Minister der öffentlichen Arbeiten, daß betriebs der Schiffsahrtsabgaben Verhandlungen mit den beteiligten deutschen Bundesstaaten im Gange seien und 1908 in ein offizielles Stadium treten würden. Mit dem Auslande würden nach geistlicher Interpretation des Artikels 54 der Reichsverfassung Verhandlungen erfolgen. Auch die ausländischen Staaten hätten ein Interesse an der Eintrichtung von Handelsverträgen in den Strom als Ganzes. Hinsichtlich des Küstenhandels hat Harburg erklärte der Minister, daß Verhandlungen noch schweben. Die Staatsregierung wünsche auch eine baldige Lösung der Frage der Kanalisierung der Saar und Mosel. In nächster Zeit werde eine besondere Vorlage wegen der Bewilligung der Mittel für eine neue Trajektverbindung Scharf-Preßeburg kommen, worin auch die Kosten der Fernerweiterung in Scharf eingeschlossen sind. Auch wegen des maurischen Schiffsahrtsanfalls werde bald eine Vorlage eingebracht werden. Die Ausgaben, die Einnahmen und sämtliche Positionen des Extraordinariums wurden bewilligt.

Berlin, 30. Jan. Wie wir erfahren, wird die nächste Nummer der „Deutschen Kolonial-Zeitung“ ein sachliches Protokoll einer umfassenden Einigung zwischen dem Präsidenten und der Abteilung der Deutschen Kolonialgesellschaft Berlin vorliegen, das mit der Zustimmung des Anwesenden Berlin auf Einberufung einer Konferenz und mit einer Vertrauensklärung des Präsidenten in die unveränderte Konstatierung der genannten Abteilung schließt.

Paris, 30. Jan. Der Senat stimmte in seiner heutigen Sitzung den beiden Reichlicher Zudenkonventionen vom April und Dezember 1907 zu. Hierauf wurde die Diskussion über das Projekt einer Abkürzung der Dienstzeit der Reserve und der Territorialarmee wieder aufgenommen.

Wissens, 30. Jan. Eine halbamtliche Note, die von den Blättern veröffentlicht wird, legt eine kleine Minorität melle die Gesellschaftsordnung, das öffentliche und Privat-eigentum angreifen. Die Regierung versage über alle Mittel, um die Ruhe zu sichern. Eine zweite Note erklärt die Nachricht für ungenügend, daß die Regierung den Belagerungszustand zu verlängern beabsichtigt und daß König Carlos es abgelehnt habe, irgend ein Dekret zu erteilen. Minister Franco habe augenblicklich die öffentliche Meinung für sich.

Wien, 30. Jan. Das Erzek des Herrn v. Wehner 1. a. machte in den heiligen politischen Kreisen einen guten Eindruck. Der Passus über die Reformarbeiten wurde in dem maßgebenden Kreisen mit besonderer Verbeifigung aufgenommen.

Petersburg, 30. Jan. In der heutigen Duma-sitzung wurde beschlossen, die Budgetvorlage der Rabatten einer Kommission zu übergeben.

Leitung: Otto Sonne.
Verantwortlich für den politischen Teil: Dr. Fritz Wichmann, für das Journalistik: Otto Sonne, für den lokalen Teil, für den Einheitsjournalistik, Geschäft an: Ernst Eugen Wilmann, für Bermischtes: Paul Schaumburg, für den Handelstil: Fritz Kaya; für den Privatteil: Max Kiesebed. Druck und Verlag von Otto Henschel, Gänzlich in Halle a. S.
— Diese Nummer umfasst 8 Seiten —
(Einschließlich „Unterhaltungsblatt“)

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Berliner Börse. Bei Schluss der gestrigen Börse notierten: Kredit 204, Diskontokurs 120,50, Deutsche Bank 236,87, Berliner Handels-Gesellschaft 160,50, Komassa 157,62, Baltimore 80,95, Paket-Handels-Gesellschaft 171,10, Nordl. Lloyd 105,25, Rutilische Anleihe von 1902 82,62, Laurahütte 218, Bochumer Guss 198,25, Harpener 201,87, Gelsenkircher 184,37, Phönix 174,75, Dresdner Bank 140,57, Schaaffhausen 137,37, Lombarden 202,40, A. E. - G. 200,60. — Tendenz: Fest.

Auf dem Kassamarkt notierten höher: 3proz. Reichsanleihe 0,15, 3proz. Reichsanleihe 0,40, 3¹/₂proz. Konsols 0,10, 3proz. Konsols 0,30, Bolle Brauerei 1,50, Landré Brauerei 2, Schultheis Brauerei 1,50, Brügger Brauerei 5,50, Bismarck Brauerei 2, Eggestorf Masch. 1,50, Hallsches Masch. 2, Holmann Masch. 1,75, Waggon 1,75, Knoch 1,50, Kfzfabrikerhütte 1,25, Lapp 8,75, Nernst-Werke 4,75, Howaldtswerke 2, Rhein. Metall-Vorzugsaktien 1,75, Schumbert & Salzer 2,75, Berliner Terram-Ges. 1,50, Park Witzleben 10 Mk., Deutsche Gasglühlicht 5, Schweiz Glühlicht 2, Kruschwitz Zucker 2, Budenus 4, Caroline 3, Hedwigstr. 1,50, Kenta 1,75, Stadthager 1,50, Deutsche Bierbrauerei 1,25, Gerolke Brauerei 1,25, Aluminium-Ind.-Ges. 4,90, Kappel Masch. 1,75, Weser 1,50, Kahla Porzellan 6, Rosenthal Porzellan 4,25, Schönwald Porzellan 4, Wessel Porzellan 2, Eberfelder Farben 2,75, Arenberger Bergwerk 6,50, Jessenitz 1,50, Magdeburger Bergwerk 5,50, Meister Werke 1,50.

Proz. Anleihe der Stadt New York, wie die „Fin. News“ aus New York erfährt, am 10. Februar aufgelegt. Die 500 000 £ Transvaal-Schatzwechsel wurden etwa achtfach überzeichnet und gingen zu durchschnittlich 3,15 Proz. fort.

Zur Gründung eines landwirtschaftlichen Kaliverkes. An der gestrigen Berliner Börse verlautete, dass die Gewerkschaft Burbach, die über einen grossen Kalifelderkomplex verfügt, mit einem Interessentenkreis von Landwirten in Verhandlungen zwecks Verkaufes eines Teiles ihrer Felder, tendente dahin, ein landwirtschaftliches Kaliverk zu bilden, eingetreten. Die landwirtschaftliche Selbstproduktion der üblichen Kaliverkschaden zufügen könne, andere glauben dagegen, dass infolge des Felderkaufes die Bewertung von Kalifeldern überhaupt eine günstigere werden müsse. Wieder andere prognostizieren schon eine künftige Vereinbarung zwischen dem landwirtschaftlichen Kaliverk und dem Syndikat, die die Aufnahme des Werkes in das Syndikat zur Folge haben würde. Was einen eventuellen Verkauf von Kalifeldern durch die Gewerkschaft Burbach angeht, so ist daran zu erinnern, dass der Vorsitzende der Gewerkschaft Burbach zweiter stellvertretender Vorsitzender im Aufsichtsrate des Kalisyndikates ist. An der gestrigen Börse verlautete ferner, dass die Aufnahme des Werkes in das Syndikat zur Folge haben würde. Was einen eventuellen Verkauf von Kalifeldern durch die Gewerkschaft Burbach angeht, so ist daran zu erinnern, dass der Vorsitzende der Gewerkschaft Burbach zweiter stellvertretender Vorsitzender im Aufsichtsrate des Kalisyndikates ist. An der gestrigen Börse verlautete ferner, dass die Aufnahme des Werkes in das Syndikat zur Folge haben würde.

Von amerikanischen Eisenmarkt berichtet das Fachblatt „Iron Age“: In Handelskreisen ist man enttäuscht über den geringen Eintrag des Eisens in den Vereinigten Staaten, was die den Bessern der finanziellen Lage. Am Freitag wird eine ganze Reihe von Konferenzen abgehalten werden, die möglicherweise u. a. die Höhe der Erzepreise für die kommende Saison festlegen werden. Für südliches Roheisen scheint der Preis von 13 Doll. für Nr. 2 Foundry frei ab Birmingham und Alabama festgesetzt zu sein. In der südlichen Erzeindustrie wird jedoch auf die noch schwebenden Unterhandlungen bezüglich bedeutender Aufträge hingewiesen. Für italienische Rechnung wurden in der Berichtswochen 4000 t südliches Roheisen gekauft. Am Chicagoer Markte liegen Aufträge für 50 000 t Grund und Schmelz vor. Bei den in Platten aberschlossenen Verkäufen bewilligt man Preisnachlässe. Was die chilenen Patente angeht, so ist zu erwähnen, dass die Drahthandel am befriedigendsten ist. Eine entschieden bessere Stimmung herrscht für Altmetalle, deren Preis um 1/2 Doll. gestiegen ist.

Neptunwerft — Howaldtswerke — Eiderwerft. Zu der bereits kurz gemeldeten Betriebsvereinigung wird noch mitgeteilt: Der Aufsichtsrat der Aktiengesellschaft Neptun, Schiffswerft und Maschinenfabrik in Rostock, hat mit dem Aufsichtsrat der Howaldtswerke in Danzig eine Vereinbarung geschlossen, die Neptunwerft im Wege der Fusion die Howaldtswerke übernimmt und zu diesem Zweck das Aktienkapital, das zurzeit 2,2 Mill. Mk. beträgt, um 5,8 Mill. auf 8 Mill. Mk. erhöht. Der grössere Teil der neuen Aktien wird den Howaldtswerken überlassen. Beide Gesellschaften werden zur Herbeiführung einer Betriebsvereinigung bezüglich Lieferungen aller Gemischtfabrikationen in einer Generalversammlung unterbreiten. Gleichzeitig ist der Aufsichtsrat der Eiderwerft, Aktiengesellschaft, in Tönning in die Kombination einzubeziehen, indem gegen 2 Eiderwerftaktien à 1000 Mark eine Aktie der vereinigten Neptun-Howaldtswerke hinzugehen werden soll. Die Firma der vereinigten drei Werke „Neptun-Howaldtswerke-Eiderwerft“ hat den Namen „Schiff- und Maschinenbau“ umgeändert werden. Die Form der Zusammenfassung ist, wie in dem offiziellen Communiqué angegeben wird, deshalb gewählt worden, damit an den Geldmarkt in keiner Weise Ansprüche gestellt zu werden brauchen. Die Howaldtswerke verfügen über ein Aktienkapital von 5 Mill. Mk. Die Gesellschaft hat in den beiden letzten Jahren keine Dividende zu verteilen vermocht. Die Neptunwerke verteilten für das Kalenderjahr 1906 eine Dividende von 6 Proz., für 1907 werden bei reichlichen Abschreibungen und Rückstellungen 7 Proz. vorgeschlagen. Die Eiderwerft besitzt ein Aktienkapital von 1,8 Mill. Mark, das Ende 1905 um 200 000 Mk. erhöht wurde; die neuen Aktien sind jedoch noch nicht bezogen. Für das am 30. Juni 1907 ablaufende letzte Geschäftsjahr wurde eine Dividende nicht verteilt wegen 3 Proz. im Jahre vorher. Die Aktien, die an der Hamburger Börse einverkauft sind, werden dort seit längerer Zeit nicht mehr notiert.

Alkaliwerke Sigmundshall, Aktiengesellschaft, in Bokeloh bei Wismar. Die Generalversammlung setzte die Dividende für 1905/07 auf 15 (5) Proz. fest. Ueber die Aussichten wurde vom Vorstand der Gesellschaft ein günstiger Bilanz für das erste Quartal einen Gewinn von 165 455 Mk. ausweist, d. h. eine tausend Mark mehr gegenüber der gleichen Vorjahrszeit. Ueber die Aufschussarbeiten im Terrain der Gewerkschaft Weser, an der Sigmundshall beteiligt ist, wurde bemerkt, dass durch die in den beiden letzten Jahren keine Dividende zu verteilen vermocht. Die Neptunwerke verteilten für das Kalenderjahr 1906 eine Dividende von 6 Proz., für 1907 werden bei reichlichen Abschreibungen und Rückstellungen 7 Proz. vorgeschlagen. Die Eiderwerft besitzt ein Aktienkapital von 1,8 Mill. Mark, das Ende 1905 um 200 000 Mk. erhöht wurde; die neuen Aktien sind jedoch noch nicht bezogen. Für das am 30. Juni 1907 ablaufende letzte Geschäftsjahr wurde eine Dividende nicht verteilt wegen 3 Proz. im Jahre vorher. Die Aktien, die an der Hamburger Börse einverkauft sind, werden dort seit längerer Zeit nicht mehr notiert.

Deutsche Kontinental-Gasgesellschaft zu Dessau. Die Gasproduktion der sämtlichen Gasanstalten des Unternehmens stieg im vierten Quartal 1906 im Vergleich mit dem vierten Quartal 1906 um 2032 454 cbm oder um 7,8 Proz. Aus der Zementindustrie. Wie mitgeteilt wird, hat sich unter Führung der Anglo-Oesterreichischen Bank und der Oesterreichischen Bodencreditanstalt ein Konsortium gebildet, das die Lizenzen der verschiedenen Deutschen Patente eines Herrn Dr. Colossus betreffend die Herstellung von Portlandzement aus Hochdruckhitzelassen erworben hat. Die Gruppe bildete zu „Ausbeutung“ der verschiedenen Patente eine „Cement Company“ mit einem Kapital von rund 24 Mill. Mk. Es wurde bereits mit verschiedenen Hochofenwerken Abkommen getroffen, wonach diese sich verpflichten, Zementwerke nach

den Colossusverfahren zu errichten. Die grössten Werke dieser Art dürften wohl die Gelsenkirchener Bergwerks-Aktiengesellschaft bauen, die gegenwärtig ein Zementwerk auf ihrem Hochofenwerk Vulkan in Duisburg errichtet, das etwa Mitte dieses Jahres fertiggestellt sein wird. Ausserdem hat die Gelsenkirchener Bergwerks-Aktiengesellschaft in vorigen Jahren noch erbaut: sie stellt dort schon aus den Vulkan-schlacken Portlandzement her. Sie bringt ihr Produkt unter dem Namen „Alba“-Portlandzement in den Handel und lässt den Verkauf des Zementes durch das Verkaufsbüro der Portlandzementfabriken „Alba“ Duisburg, R. H. in der Nähe von Essen, dem Colliery Company in Essen, ist auch die Zementfabrik Herzum in Harzburg angeschlossen.

Berliner Zementbau-Aktiengesellschaft in Litu. Vom 3. n. M. ab erfolgt eine vierte Rückzahlung auf die Aktien der Gesellschaft von 10 Proz. gleich 60 Mk. pro Aktie.

Der Aufsichtsrat der Schlesischen Aktiengesellschaft für Portland-Zementfabrikation in Grotzschwitz schlägt für das nunmehr vollberechtigte Aktienkapital für 1907 12 Proz. Dividende gegen 13 Proz. im Vorjahre vor. Die Abschreibungen betragen 300 000 (270 000) Mk.

Eine Konvention von Grossmühlern und Mehlmühlern der Provinzen Schlesien und Posen für den Vertrieb von Mehlen und sonstigen Mühlenfabrikaten innerhalb des ober-schlesischen Industriebezirkes ist geründet worden. Sie soll ausschliesslich die Gesundheit der Kreditrisikanten und die Befreiung der mit dieser Gegend hervorretretenden Misstände bezwecken, unter welchen der Mehlmahl nach Oberschlesien leidet. Sie setzt als allein zulässige Zahlungsbedingungen Kasse (Zahlung innerhalb längstens 8 Tagen) mit einem Skonto von höchstens 1 Proz. oder Akzeptenzahlung pari mit Fälligkeit nach Lieferung, als Zahlungsform die Verrechnung. Die Vereinbarungen sind in 1. März cr. mit Gültigkeit für vorläufig 2 Jahre in Kraft. Zu ihrer Durchführung und Überwachung haben die Interessenten eine fünfgliedrige Kommission aus ihrer Mitte gewählt. Wie wir kürzlich meldeten, haben sich auch die Mühlen und Mehlmühlern Sachsens zu einer ähnlichen Konvention zusammengeschlossen.

Unter der Firma „Deutsche Nahrungsmittel-Industrie“ ist in Berlin eine Aktiengesellschaft begründet worden mit einem Grundkapital von 1 Mill. Mk., auf das 25 Proz. eingezahlt sind.

Der Verwaltungsrat der Pilsener Eisenbahnen beschloss, eine Superdividende von 1/2 Proz. vorzuschlagen gegen eine 1 Proz. Superdividende im Vorjahre, so dass die Dividende der Ludwigshafener insgesamt 3 1/2 Proz., der Maxbahn 6 1/2 Proz. und der Nordbahn 4 1/2 Proz. beträgt.

Wagenbestellung der preussisch-hessischen Staatsbahnenverwaltung. Das Königliche Eisenbahnministerium in Berlin ist beauftragt worden, wegen Übernahme der Herstellung von weiteren 200 Kohlenwagen und 500 offenen Güterwagen mit den Werken, die zurzeit für die preussisch-hessische Staatsbahnenverwaltung beschickt sind, in Verhandlung zu treten. Die Angelegenheit dieser Wagenbestellung soll in der Zeit vom 1. April bis zum 31. Oktober d. J. erfolgen.

Wagenstellung im mitteldeutschen Braunkohlengebiet. Die Wagenstellung im mitteldeutschen Braunkohlengebiet hat sich in der Zeit vom 1. bis 15. Januar d. J. wie folgt gestaltet: Es sind im ganzen 63 321 Wagen oder durchschnittlich pro Arbeits-tage 5277 Wagen (6 V. 5299) zu 10 t Ladegewicht bestellt worden; die Bestellung betrug 3 1/2 Proz. der durchschnittlichen pro Tag 3 Stück. Die höchste Tagesleistung entfiel auf den 8. Januar d. J. mit 5417 Wagen.

Eiderfelder Papierfabrik Akt.-Ges. Wie die Verwaltung mitteilt, ist Direktor L. Beckecke aus Gesundheitsrücksichten aus dem Vorstande der Gesellschaft ausgeschieden, stellt aber seine Dienste, soweit tunlich, dem Unternehmen auch weiterhin zur Verfügung.

Leipzig-Berlin, Leipzig. Der Aufsichtsrat hat beschlossen, der für den 17. Februar anberaumten Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 6 (5) Proz. für das Geschäftsjahr 1907 vorzuschlagen.

Leipzig Terraingesellschaft in Leipzig. In der Aufsichtsratsitzung, in der der Vorstand über das abgelaufene Geschäftsjahr Bericht erstattete, wurde beschlossen, die 9. ordentliche Generalversammlung der Gesellschaft auf Dienstag, den 18. Febr., einzuberufen und ihr vorzuschlagen, nach Dotierung des ordentlichen Reservefonds und Abzug der Taxen von 10 (12) Proz. Dividende zur Verteilung zu bringen. Der Reingehalt in 1907 betrug 100 319 (111 335) Mk. Die gesamten Reserven erreichten mit den neuen Überweisungen die Höhe von 285 424 Mk. bei 750 000 Mk. Kapital.

Norddeutsche Lagerhaus-Aktiengesellschaft in Litu. Berlin. Wie der Liquidator in seinem Bericht über das Jahr 1907 mitteilt, wurden 9 Parzellen Lussabens zum 8888 m verkauft und versteigert. Es wurde die Hälfte eines Ueberschusses von 356 595 Mk. über den Einstandspreis. An Zinsen und Provision wurden 114 732 Mk. eingenommen, dagegen an Handlungs-kosten 26 950 Mk. und an Steuern, Assekuranz und Kranken-kasse 25 036 Mk. bezahlt. Sämtliche Strassen des Terrains sind nunmehr replantiert, kanalisiert und mit Beachtung versehen. Die Gesellschaft erwartet, dass die Liquidation des Terrains nicht zu langsam und zu annehmbaren Preisen vollziehen wird. Die Gesellschaft ist in der Lage, weitere 15 Proz. des Aktienkapitals am 1. März cr. zur Rückzahlung zu bringen, wodurch sich das Aktienkapital auf 3 150 000 Mk. herabmindert.

Chemnitz Aktiennhändler in Chemnitz. In der Sitzung des Aufsichtsrates wurde beschlossen, der für Donnerstag, den 20. d. m. einzuberufenden Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 10 (8) Proz. bei reichlichen Abschreibungen vorzuschlagen.

Emil Pinkau & Co., Aktiengesellschaft, Leipzig. Die Aktien dieses Unternehmens sind in den letzten Tagen im Kurse zurückgegangen, ohne dass ein triftiger Grund dafür in Erfahrung zu bringen gewesen wäre. An der Börse wurde die Erscheinung damit in Zusammenhang gebracht, dass ein ebenfalls schweres Papier, die „Nort-Aktien“, einen Kurserfolg erlitten, nachdem diese Gesellschaft die Dividende für 1907 nur um 1 Proz. niedriger normiert hat als im Vorjahre. Nach den Atskünften, die dem „L. T.“ von unterrichteter Seite gemacht worden sind, liegt zu einer Minderbewertung der Pinkau-Aktien gar kein Anlass vor. Die Abschlussziffern stehen zwar noch nicht fest, soweit sich aber über die Einnahmen dieses Unternehmens für 1906 (20 Proz. Dividende) für das Jahr 1907 nicht zu erwarten ist.

Das Rheinisch-Westfälische Ziersyndikat setzte im Jahre 1907 393 Millionen Steine oder 45 Proz. der Jahresbeteiligung ab gegen 467 Millionen Steine oder 58 Proz. der Beteiligung im Vorjahre.

Cuxhavener Hochseelischer Aktiengesellschaft. Auf das 2 300 000 Mk. betragende Aktienkapital dieser Gesellschaft sind bereits 2 200 000 Mk. gezahlt worden. Deshalb ist der Aufsichtsrat der Gesellschaft beauftragt, die Rückzahlung der Aktien bis 8. Februar 1908 einzufordern, weitere 50 Proz. mit 500 Mark pro Aktie sollen bis 5. April und die letzten 22 1/2 Proz. bis 5. Juli laufenden Jahres eingezahlt werden.

Die Automobilgesellschaft Vegesack-Blumenthal-Vorbruch schloss das Vorjahr mit einer Unterbilanz von 22 000 Mark ab.

Jutemarkt. (Wochenbericht des Vereins Deutscher Juteindustrieller.) Kalkutta. Bericht fehlt. — New York. Hessians 10 1/2 @ 40^h bedingen 5,60 Cts. per Yard. — Dundee. Markt unverändert. Es notieren: Hessians 10 1/2 @ 2 1/2 d. per Yard, Tarpanings 20 @ 5 1/4 — 4 1/4 d. per Yard, Nr. 6 Schuss-garn 1 sh 8 d. per Spindel. — Deutschland. Markt unverändert.

Handels-Depeschen.

Hamburg, 30. Jan. (Priv.-Tel.) Der Aufsichtsrat der Hamburg-er Eisenbahn hat beschlossen, der Generalversammlung eine Verteilung einer Dividende von 9 Proz. (wie l. V.) vorzuschlagen.

Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, bleiben die jetzigen Aktionäre der Neptunwerft von dem Bezugsrecht auf die neu auszugebenden 5 000 000 Mk. Aktien ausgeschlossen. Von dieser Emission dienen 3 000 000 Mk. zur Aufnahme der Eiderwerft und 2 000 000 Mk. zur Aufnahme der Howaldtswerke à 115 Proz. als teilweisen Kaufpreis für die ein-bringenden Wertpapiere. Das Agio von 15 Proz. wurde bewilligt angesichts der hohen direkten und indirekten Reserven der Neptunwerft.

Frankfurt a. M., 30. Jan. (Priv.-Tel.) Die „Frankl. Ztg.“ meldet aus New York: Der Tabakmarkt reduziert seine Produktion um 30 Proz.

Waren und Produkte.

Berliner Produktenbörse. 30. Jan. Am Frühmarkt notierte Weizen inl. 217-221,00. Roggen inl. 205-207,00. Hafer, mährischer mecklenburger, pommerischer, preuss., ostpreuss. u. schlesischer, inl. 171-187, mittel 168-176, geroggen 164-167, russischer mittel u. gering und geringe 156-166, gute 167-178, russische und Donau leuchtend bis 158. Erbsen inl. und ausländischer Futtererbsen 185-190, russ. Weizenmehl 00 28,00-31,25, Roggenmehl 0 und 1 26,70-28,20, Weizenkleie 12,75-13,00, Roggenkleie 13,25-13,75. (Alles frei Fabrik) Magdeburg, 30. Januar. Für 100 kg netto ab Station. Weizen fest, englischer gut 209-214, mittel 205-210, russischer gut 208-214, mittel 203-208, ausländischer gut 202-207, mittel 200-205, russischer gut 202-207, mittel 200-205, russischer gut 202-207, mittel 200-205.

Roggen unver., inländischer gut 202-207, mittel 200-205, ausländischer gut 202-207, mittel 200-205. Mais unver., hiesiger Ovalel gut 184-192, mittel 180-184, gut 175-184, mittel 170-180, ausländischer gut 180-184, mittel 175-180. Hafer still, inländischer gut 165-167, mittel 145-150, ausländischer gut 160-165, mittel 145-150. Gerste unver., runder gut 109-118, mittel 105-110, amerikanischer gut 105-110, mittel 100-110. Erbsen, hiesige Viktoria gut 224, mittel 220, grüne Polka gut 220, mittel 215. 30. Jan. Weizen f. Jan. Mecklenburger und Ostpreussener 208-220. Roggen f. Jan. Mecklenburger und Altmarkter 190-205, russ. inl. f. Roggen 161,50. Gerste f. stud. inl. 183,00. Hafer stetig, Holsteiner und Mecklenburger 174-180. Mais ruhig. America mixed inl. 121,00. La Plata inl. 122,00. 30. Jan. Weizen stetig, per April 11,91 Gd., 11,92 Br., per Oktober 10,50 Gd., 10,51 Br. Roggen per April 10,12 Gd., 10,13 Br., per Oktober 9,01 Gd., 9,02 Br. Hafer per April 7,90 Gd., 7,91 Br., per Oktober 6,70 Gd., 6,71 Br. Mais per Mai 6,88 Gd., 6,89 Br. Raps per August 16,40 Gd., 16,50 Br.

Zucker. Hamburg, 30. Jan. Ribbenzucker, 1. Produkt, Basis 88 1/2, Rendement neue Usance, frei ab Bord Hamburg. per nachm. abends 20,15 20,15 20,15 Mk. per Januar 20,25 20,25 20,25 „ März 20,50 20,50 20,50 „ Mai 20,65 20,65 20,65 „ August 20,80 20,80 20,80 „ Oktober 19,60 19,60 19,60 „ Dezember 18,50 18,50 18,50 „ stetig behauptet ruhig

Kaffee. Hamburg, 30. Jan. Good average Santos per nachm. abends per März 34 Gd. 34 Gd. 34 Gd. „ „ 35 1/2 Gd. 35 1/2 Gd. 35 1/2 Gd. „ „ 35 3/4 Gd. 35 3/4 Gd. 35 3/4 Gd. „ „ 36 Gd. 36 Gd. 36 Gd. „ „ 36 1/2 Gd. 36 1/2 Gd. 36 1/2 Gd. „ „ 37 Gd. 37 Gd. 37 Gd. „ „ 37 1/2 Gd. 37 1/2 Gd. 37 1/2 Gd. „ „ 38 Gd. 38 Gd. 38 Gd. „ „ 38 1/2 Gd. 38 1/2 Gd. 38 1/2 Gd. „ „ 39 Gd. 39 Gd. 39 Gd. „ „ 39 1/2 Gd. 39 1/2 Gd. 39 1/2 Gd. „ „ 40 Gd. 40 Gd. 40 Gd. „ „ 40 1/2 Gd. 40 1/2 Gd. 40 1/2 Gd. „ „ 41 Gd. 41 Gd. 41 Gd. „ „ 41 1/2 Gd. 41 1/2 Gd. 41 1/2 Gd. „ „ 42 Gd. 42 Gd. 42 Gd. „ „ 42 1/2 Gd. 42 1/2 Gd. 42 1/2 Gd. „ „ 43 Gd. 43 Gd. 43 Gd. „ „ 43 1/2 Gd. 43 1/2 Gd. 43 1/2 Gd. „ „ 44 Gd. 44 Gd. 44 Gd. „ „ 44 1/2 Gd. 44 1/2 Gd. 44 1/2 Gd. „ „ 45 Gd. 45 Gd. 45 Gd. „ „ 45 1/2 Gd. 45 1/2 Gd. 45 1/2 Gd. „ „ 46 Gd. 46 Gd. 46 Gd. „ „ 46 1/2 Gd. 46 1/2 Gd. 46 1/2 Gd. „ „ 47 Gd. 47 Gd. 47 Gd. „ „ 47 1/2 Gd. 47 1/2 Gd. 47 1/2 Gd. „ „ 48 Gd. 48 Gd. 48 Gd. „ „ 48 1/2 Gd. 48 1/2 Gd. 48 1/2 Gd. „ „ 49 Gd. 49 Gd. 49 Gd. „ „ 49 1/2 Gd. 49 1/2 Gd. 49 1/2 Gd. „ „ 50 Gd. 50 Gd. 50 Gd. „ „ 50 1/2 Gd. 50 1/2 Gd. 50 1/2 Gd. „ „ 51 Gd. 51 Gd. 51 Gd. „ „ 51 1/2 Gd. 51 1/2 Gd. 51 1/2 Gd. „ „ 52 Gd. 52 Gd. 52 Gd. „ „ 52 1/2 Gd. 52 1/2 Gd. 52 1/2 Gd. „ „ 53 Gd. 53 Gd. 53 Gd. „ „ 53 1/2 Gd. 53 1/2 Gd. 53 1/2 Gd. „ „ 54 Gd. 54 Gd. 54 Gd. „ „ 54 1/2 Gd. 54 1/2 Gd. 54 1/2 Gd. „ „ 55 Gd. 55 Gd. 55 Gd. „ „ 55 1/2 Gd. 55 1/2 Gd. 55 1/2 Gd. „ „ 56 Gd. 56 Gd. 56 Gd. „ „ 56 1/2 Gd. 56 1/2 Gd. 56 1/2 Gd. „ „ 57 Gd. 57 Gd. 57 Gd. „ „ 57 1/2 Gd. 57 1/2 Gd. 57 1/2 Gd. „ „ 58 Gd. 58 Gd. 58 Gd. „ „ 58 1/2 Gd. 58 1/2 Gd. 58 1/2 Gd. „ „ 59 Gd. 59 Gd. 59 Gd. „ „ 59 1/2 Gd. 59 1/2 Gd. 59 1/2 Gd. „ „ 60 Gd. 60 Gd. 60 Gd. „ „ 60 1/2 Gd. 60 1/2 Gd. 60 1/2 Gd. „ „ 61 Gd. 61 Gd. 61 Gd. „ „ 61 1/2 Gd. 61 1/2 Gd. 61 1/2 Gd. „ „ 62 Gd. 62 Gd. 62 Gd. „ „ 62 1/2 Gd. 62 1/2 Gd. 62 1/2 Gd. „ „ 63 Gd. 63 Gd. 63 Gd. „ „ 63 1/2 Gd. 63 1/2 Gd. 63 1/2 Gd. „ „ 64 Gd. 64 Gd. 64 Gd. „ „ 64 1/2 Gd. 64 1/2 Gd. 64 1/2 Gd. „ „ 65 Gd. 65 Gd. 65 Gd. „ „ 65 1/2 Gd. 65 1/2 Gd. 65 1/2 Gd. „ „ 66 Gd. 66 Gd. 66 Gd. „ „ 66 1/2 Gd. 66 1/2 Gd. 66 1/2 Gd. „ „ 67 Gd. 67 Gd. 67 Gd. „ „ 67 1/2 Gd. 67 1/2 Gd. 67 1/2 Gd. „ „ 68 Gd. 68 Gd. 68 Gd. „ „ 68 1/2 Gd. 68 1/2 Gd. 68 1/2 Gd. „ „ 69 Gd. 69 Gd. 69 Gd. „ „ 69 1/2 Gd. 69 1/2 Gd. 69 1/2 Gd. „ „ 70 Gd. 70 Gd. 70 Gd. „ „ 70 1/2 Gd. 70 1/2 Gd. 70 1/2 Gd. „ „ 71 Gd. 71 Gd. 71 Gd. „ „ 71 1/2 Gd. 71 1/2 Gd. 71 1/2 Gd. „ „ 72 Gd. 72 Gd. 72 Gd. „ „ 72 1/2 Gd. 72 1/2 Gd. 72 1/2 Gd. „ „ 73 Gd. 73 Gd. 73 Gd. „ „ 73 1/2 Gd. 73 1/2 Gd. 73 1/2 Gd. „ „ 74 Gd. 74 Gd. 74 Gd. „ „ 74 1/2 Gd. 74 1/2 Gd. 74 1/2 Gd. „ „ 75 Gd. 75 Gd. 75 Gd. „ „ 75 1/2 Gd. 75 1/2 Gd. 75 1/2 Gd. „ „ 76 Gd. 76 Gd. 76 Gd. „ „ 76 1/2 Gd. 76 1/2 Gd. 76 1/2 Gd. „ „ 77 Gd. 77 Gd. 77 Gd. „ „ 77 1/2 Gd. 77 1/2 Gd. 77 1/2 Gd. „ „ 78 Gd. 78 Gd. 78 Gd. „ „ 78 1/2 Gd. 78 1/2 Gd. 78 1/2 Gd. „ „ 79 Gd. 79 Gd. 79 Gd. „ „ 79 1/2 Gd. 79 1/2 Gd. 79 1/2 Gd. „ „ 80 Gd. 80 Gd. 80 Gd. „ „ 80 1/2 Gd. 80 1/2 Gd. 80 1/2 Gd. „ „ 81 Gd. 81 Gd. 81 Gd. „ „ 81 1/2 Gd. 81 1/2 Gd. 81 1/2 Gd. „ „ 82 Gd. 82 Gd. 82 Gd. „ „ 82 1/2 Gd. 82 1/2 Gd. 82 1/2 Gd. „ „ 83 Gd. 83 Gd. 83 Gd. „ „ 83 1/2 Gd. 83 1/2 Gd. 83 1/2 Gd. „ „ 84 Gd. 84 Gd. 84 Gd. „ „ 84 1/2 Gd. 84 1/2 Gd. 84 1/2 Gd. „ „ 85 Gd. 85 Gd. 85 Gd. „ „ 85 1/2 Gd. 85 1/2 Gd. 85 1/2 Gd. „ „ 86 Gd. 86 Gd. 86 Gd. „ „ 86 1/2 Gd. 86 1/2 Gd. 86 1/2 Gd. „ „ 87 Gd. 87 Gd. 87 Gd. „ „ 87 1/2 Gd. 87 1/2 Gd. 87 1/2 Gd. „ „ 88 Gd. 88 Gd. 88 Gd. „ „ 88 1/2 Gd. 88 1/2 Gd. 88 1/2 Gd. „ „ 89 Gd. 89 Gd. 89 Gd. „ „ 89 1/2 Gd. 89 1/2 Gd. 89 1/2 Gd. „ „ 90 Gd. 90 Gd. 90 Gd. „ „ 90 1/2 Gd. 90 1/2 Gd. 90 1/2 Gd. „ „ 91 Gd. 91 Gd. 91 Gd. „ „ 91 1/2 Gd. 91 1/2 Gd. 91 1/2 Gd. „ „ 92 Gd. 92 Gd. 92 Gd. „ „ 92 1/2 Gd. 92 1/2 Gd. 92 1/2 Gd. „ „ 93 Gd. 93 Gd. 93 Gd. „ „ 93 1/2 Gd. 93 1/2 Gd. 93 1/2 Gd. „ „ 94 Gd. 94 Gd. 94 Gd. „ „ 94 1/2 Gd. 94 1/2 Gd. 94 1/2 Gd. „ „ 95 Gd. 95 Gd. 95 Gd. „ „ 95 1/2 Gd. 95 1/2 Gd. 95 1/2 Gd. „ „ 96 Gd. 96 Gd. 96 Gd. „ „ 96 1/2 Gd. 96 1/2 Gd. 96 1/2 Gd. „ „ 97 Gd. 97 Gd. 97 Gd. „ „ 97 1/2 Gd. 97 1/2 Gd. 97 1/2 Gd. „ „ 98 Gd. 98 Gd. 98 Gd. „ „ 98 1/2 Gd. 98 1/2 Gd. 98 1/2 Gd. „ „ 99 Gd. 99 Gd. 99 Gd. „ „ 99 1/2 Gd. 99 1/2 Gd. 99 1/2 Gd. „ „ 100 Gd. 100 Gd. 100 Gd. „ „ 100 1/2 Gd. 100 1/2 Gd. 100 1/2 Gd. „ „ 101 Gd. 101 Gd. 101 Gd. „ „ 101 1/2 Gd. 101 1/2 Gd. 101 1/2 Gd. „ „ 102 Gd. 102 Gd. 102 Gd. „ „ 102 1/2 Gd. 102 1/2 Gd. 102 1/2 Gd. „ „ 103 Gd. 103 Gd. 103 Gd. „ „ 103 1/2 Gd. 103 1/2 Gd. 103 1/2 Gd. „ „ 104 Gd. 104 Gd. 104 Gd. „ „ 104 1/2 Gd. 104 1/2 Gd. 104 1/2 Gd. „ „ 105 Gd. 105 Gd. 105 Gd. „ „ 105 1/2 Gd. 105 1/2 Gd. 105 1/2 Gd. „ „ 106 Gd. 106 Gd. 106 Gd. „ „ 106 1/2 Gd. 106 1/2 Gd. 106 1/2 Gd. „ „ 107 Gd. 107 Gd. 107 Gd. „ „ 107 1/2 Gd. 107 1/2 Gd. 107 1/2 Gd. „ „ 108 Gd. 108 Gd. 108 Gd. „ „ 108 1/2 Gd. 108 1/2 Gd. 108 1/2 Gd. „ „ 109 Gd. 109 Gd. 109 Gd. „ „ 109 1/2 Gd. 109 1/2 Gd. 109 1/2 Gd. „ „ 110 Gd. 110 Gd. 110 Gd. „ „ 110 1/2 Gd. 110 1/2 Gd. 110 1/2 Gd. „ „ 111 Gd. 111 Gd. 111 Gd. „ „ 111 1/2 Gd. 111 1/2 Gd. 111 1/2 Gd. „ „ 112 Gd. 112 Gd. 112 Gd. „ „ 112 1/2 Gd. 112 1/2 Gd. 112 1/2 Gd. „ „ 113 Gd. 113 Gd. 113 Gd. „ „ 113 1/2 Gd. 113 1/2 Gd. 113 1/2 Gd. „ „ 114 Gd. 114 Gd. 114 Gd. „ „ 114 1/2 Gd. 114 1/2 Gd. 114 1/2 Gd. „ „ 115 Gd. 115 Gd. 115 Gd. „ „ 115 1/2 Gd. 115 1/2 Gd. 115 1/2 Gd. „ „ 116 Gd. 116 Gd. 116 Gd. „ „ 116 1/2 Gd. 116 1/2 Gd. 116 1/2 Gd. „ „ 117 Gd. 117 Gd. 117 Gd. „ „ 117 1/2 Gd. 117 1/2 Gd. 117 1/2 Gd. „ „ 118 Gd. 118 Gd. 118 Gd. „ „ 118 1/2 Gd. 118 1/2 Gd. 118 1/2 Gd. „ „ 119 Gd. 119 Gd. 119 Gd. „ „ 119 1/2 Gd. 119 1/2 Gd. 119 1/2 Gd. „ „ 120 Gd. 120 Gd. 120 Gd. „ „ 120 1/2 Gd. 120 1/2 Gd. 120 1/2 Gd. „ „ 121 Gd. 121 Gd. 121 Gd. „ „ 121 1/2 Gd. 121 1/2 Gd. 121 1/2 Gd. „ „ 122 Gd. 122 Gd. 122 Gd. „ „ 122 1/2 Gd. 122 1/2 Gd. 122 1/2 Gd. „ „ 123 Gd. 123 Gd. 123 Gd. „ „ 123 1/2 Gd. 123 1/2 Gd. 123 1/2 Gd. „ „ 124 Gd. 124 Gd. 124 Gd. „ „ 124 1/2 Gd. 124 1/2 Gd. 124 1/2 Gd. „ „ 125 Gd. 125 Gd. 125 Gd. „ „ 125 1/2 Gd. 125 1/2 Gd. 125 1/2 Gd. „ „ 126 Gd. 126 Gd. 126 Gd. „ „ 126 1/2 Gd. 126 1/2 Gd. 126 1/2 Gd. „ „ 127 Gd. 127 Gd. 127 Gd. „ „ 127 1/2 Gd. 127 1/2 Gd. 127 1/2 Gd. „ „ 128 Gd. 128 Gd. 128 Gd. „ „ 128 1/2 Gd. 128 1/2 Gd. 128 1/2 Gd. „ „ 129 Gd. 129 Gd. 129 Gd. „ „ 129 1/2 Gd. 129 1/2 Gd. 129 1/2 Gd. „ „ 130 Gd. 130 Gd. 130 Gd. „ „ 130 1/2 Gd. 130 1/2 Gd. 130 1/2 Gd. „ „ 131 Gd. 131 G